Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Rochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 113. **Halle, Mittwoch den 10. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Unterworfen!

Es ist eingetroffen, was am Montag als Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen angekündigt wurde: Der Reichstag hat sich nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte vertagt, und zunächst den Nachtragsetat mit dem Gehalt Doktor Helfferichs an den Hauptausschuß zurückgewiesen, um dort eine Aussprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen. Westarp und Haase sprachen, und ihre Gruppen stimmten gegen diese Verschiebung, die aber trotz ihres Widerspruchs beschlossen wurde.

Im Ausschuß hat nun eine sehr lange Auseinandersetzung stattgefunden — wir berichten darüber unten ausführlich —, und schließlich wurde der Nachtragsetat mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten beider Richtungen angenommen. Der Ausschuß bewilligt also demselben Dr. Helfferich, der den Reichstag bereits mehrfach brüskierte, eine außerordentliche Stelle und ein außerordentliches Gehalt. So vollzog der Ausschuß eine

vollkommene Unterwerfung,

und es ist für diese Preisgabe des etatmäßigen Mittels, einmal die Macht des Reichstags zu zeigen, nur ein sehr schwacher Trost, daß auch die Regierung dem Konflikt augenscheinlich aus dem Wege zu gehen sucht.

Derselbe Reichskanzler, der am Sonnabend keine große politische Debatte erwartete und keine Zeit hatte, in den Reichstag zu kommen, konnte am Sonnabend abend eine Reise ins Hauptquartier antreten, und sodann am Montag in langer Ausschußberatung mehrfache Erklärungen abgeben, die wesentlich entgegenkommender klingen, als die Steins und Helfferichs im Plenum. Auch der Kriegsminister, der im Reichstag durch die Schroffheit seines Auftretens die Entrüstung erst hervorrief, die Helfferich dann vertiefte, fand im Ausschuß viel versöhnlichere Worte. An Worten hat es ja in Deutschland nie gefehlt, wennschon die Taten ihnen oft entgegenstanden. Und gegenüber den Erklärungen des Kanzlers und des Kriegsministers im Ausschuß gilt auch das Wort „Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen". Indessen bestehen immer noch sehr starke Zweifel, ob die Regierung die Kraft und den ernsten Willen hat, dem

Mißbrauch der Amtsgewalt

zu Parteizwecken wirklich zu begegnen, ihm mit allem Nachdruck und in allen Instanzen zu Leibe zu gehen. Was da im Ausschuß vom „vaterländischen Unterricht" im Heere mitgeteilt wurde, hat augenscheinlich alle bürgerlichen Abgeordneten befriedigt, auch die Tatsache, daß in den offiziellen, nach der Friedensentschließung des Reichstags herausgegebenen Leitsätzen von der Bekämpfung der „Friedensduselei" die Rede ist. Daß der Reichstag mit den neuen „Erklärungen" der Regierungsvertreter sich zufrieden gibt, wird die Hochachtung nicht steigern, die man in Regierungs- und den Kreisen der „Vaterlandspartei" vor ihm hegt. Es ist eben ein zwar altes, aber um so wahreres Wort, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient. Und für die Volksvertretung trifft das natürlich in erhöhtem Maße zu.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Position der Regierung nach diesen Tagen nun eine glänzende sei, daß etwa der Dr. Michaelis nun besondern Respekt einflößen könne. Ein Kanzler, der erst keine Zeit hat, und durch seinen Stellvertreter eine solche Provokation des Parlaments vollziehen läßt, um hinterher alles auf ein großes Mißverständnis hinauszureden, spielt keine glänzende Rolle. Die innerliche Zusammenstimmung zwischen Regierung und Parlament, die auf gemeinsamer Ueberzeugung beruht, kann eben nicht durch eine mühsam zusammengeflickte äußere Uebereinstimmung, durch ein kunstvoll

verkleisterndes Erklärungswerk

ersetzt werden.

Wir Sozialdemokraten wollen die Macht des Parlaments, wir wollen das parlamentarische Regierungssystem, aber wir wollen nicht eine bureaukratische Regierung, die um des lieben innern Friedens wegen alles ausspricht, was man ihr vorschreibt. Eine solche Regierung, die dem Zwang gegebener Machtverhältnisse, nicht der eignen Ueberzeugung folgt, kann ja auch niemals das Vertrauen des Parlaments und des Volkes erwerben. Man wird vielmehr von ihr voraussetzen, daß sie nur nach einer Gelegenheit ausspähe, um sich von der Last ihres Joches zu befreien. Wir wollen eine Regierung, die handelt, und die bei ihren Handlungen nur ihrer eignen Ueberzeugung folgt. Daraus aber ergibt sich mit zwingender Folgerichtigkeit, daß in Deutschland heute nur eine Regierung möglich ist, die mit ihrer Ueberzeugung zur Politik der Reichstagsmehrheit steht, vorausgesetzt, daß die Reichstagsmehrheit nicht im entscheidenden Augenblick die

„Angst vor der eignen Courage"

packt.

Eine solche Regierung würde die Autorität besitzen, die der Regierung Michaelis fehlt und die sie, soweit sie noch vorhanden ist, mit jedem Tage mehr verlieren muß. Michaelis könnte als Mensch, Beamter und Politiker an öffentlicher Achtung nur gewinnen, wenn er heute oder morgen sein Amt in die Hände seines Auftraggebers zurücklegte und diesem riete, einen Nachfolger zu ernennen, der das wirkliche Vertrauen des Reichstags, nicht nur ein um des äußern Eindrucks willen ausgesprochenes, besitzt.

*

Wir lassen hier den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses folgen:

Der Hauptausschuß trat am Montag nachmittag 3 Uhr zusammen. Der Andrang war derart, daß der geräumige Saal dicht gefüllt war. Die Staatssekretäre waren mit einem großen Schwarme von Geheimräten erschienen. Kurz vor Beginn der Sitzung erschienen der Reichskanzler Dr. Michaelis, der Kriegsminister v. Stein und Staatssekretär Dr. Helfferich. Formell stand wieder der Nachtragsetat zur Beratung, in Wirklichkeit handelte es sich um eine recht ernste und deutliche Auseinandersetzung über die ganze Art, wie die Regierung glaubt den Reichstag behandeln zu können.

Der Reichskanzler

ergriff sofort das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Klage darüber erhoben worden, daß von seiten von Beamten in unzuverlässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben worden sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Regierungsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken. Dabei ist hinzuzufügen, daß für preußische Beamte dieselben Grundsätze gelten:

Für alle Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, so haben sich alle Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche nicht, daß von seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird.

Diese Grundsätze gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise. Sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundsätzen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß solche Fälle zur Kenntnis der zuständigen vorgesetzten Zentralbehörde gebracht werden, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundsätze zu überwachen.

Auch im Heer ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitsätzen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen bestrebt, **sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzustehen und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.** Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Zutrauen zum Besten des Ganzen ist in dem Kampfe der Meinungen, namentlich auch in den letzten Wochen, in bedauerlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gezeitigt, die ich aufs tiefste bedaure. Jeder im deutschen Volke hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er darangesetzt hat, den hervorragenden Schmerz hinunterschlucken muß mit einem mutigen „Dennoch!" Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn wir das im Auge behalten werden, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grund ausgeschlossen. Möchten doch die Vertreter der auseinanderströmenden Meinungen sich vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Betonung der Gegensätze in den Wegen und in den Mitteln das entscheidende ist, sondern das Einheitliche und Gemeinsame in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben und uns klar vor Augen stellen, daß wir alle an dem gleichen Strange ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie letzthin gewesen sind, aus unserm politischen Leben verschwinden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am brennendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsre Pflicht.

Abg. **Ledebour** gibt seinem Erstaunen Ausdruck über die eben gehörte Rede des Kanzlers, der über Allgemeinheiten nicht hinausgekommen sei. Mit moralischen Ansprachen an die Vertreter der Parteien erreicht man in dieser Situation nichts. Parteikämpfe sind unvermeidlich. Was sagt der Reichskanzler zu den Beweisen dafür, daß Beamte und Offiziere politische Beeinflussung ausgeübt haben? Wie stellt er sich zum Verhalten Dr. Helfferichs? Der Reichstag muß eine klare Antwort verlangen.

Graf **Westarp** bestreitet, daß hier eine solche Debatte entfesselt werden dürfe.

Die Abgeordneten **Erzberger** und **v. Payer** erklären, daß die jüngsten Vorgänge hier besprochen werden müssen.

Abg. **Ebert**

bedauert, daß der Kanzler den Streitpunkten aus dem Wege gegangen sei. Er habe dem Kanzler bereits vor 2 Wochen Material unterbreitet. Redner verliest den Erlaß eines Armee-Oberkommandos über die Aufklärungsarbeit im Heere. Aus diesem Erlaß ergibt sich, daß die Agitation im Heere sich gegen einen Verständigungsfrieden richtet. Der Reichskanzler hat die Pflicht, die Richtlinien für diese Aufklärungsarbeit mitzuteilen. Am 13. August fand im Kriegsministerium

eine Konferenz der Generale

statt. Dort wurde erklärt, daß man unter Umständen das Vereins- und Versammlungsrecht beseitigen müsse. General Höpke bezeichnete die Arbeitersekretäre als eine Pest. Die Einziehung mißliebiger Arbeiter wurde empfohlen. Die Bilder in einer Schmähschrift gegen den Reichstag sind auch in einem Werk enthalten, das vom Auswärtigen Amte herausgegeben worden ist. Etwa 100 000 Mannschaften und Offiziere sind mit der „Aufklärungsarbeit" beschäftigt. Wo kommt das Geld her? Zur Verteidigung des Vaterlandes haben wir die Mittel bewilligt, nicht aber zur Verhetzung der Soldaten.

Abg. **Gothein** schließt sich dieser scharfen Kritik an. Die jetzt betriebene Agitation der Beamten und im Heere richtet sich auch gegen die Politik des Reichskanzlers. Wie wirkt diese Agitation im Zusammenhang mit den lendenlahmen Erklärungen der Regierung?! Es muß verlangt werden, daß der Kanzler den Beamten gegenüber seine Politik verteidigt. Wie soll man im Ausland Glauben finden, wenn die Agitation gegen den Reichstag solche Blüten treibt?

Abg. **Stresemann** gibt der Empfindung Ausdruck, daß die Regierung den ganzen Konflikt hervorgerufen hat. Zu ihrem Auftreten hatten die Vertreter der Regierung keinen Anlaß. Die Armee darf nicht politisiert werden. Man darf das Volk nicht teilen in Vaterlandsfreunde und Vaterlandsfeinde; sie alle verteidigen gemeinsam das Vaterland. Es scheint, als ob der Abgeordnete Ebert die Richtlinien für die Aufklärungsarbeit doch nicht richtig gedeutet hat. Das Heer aber zum Richter über den Reichstag aufrufen, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Verschiedene Generalkommandos achten streng darauf, daß bei den Vorträgen die Politik ausgeschaltet wird. Die mit Bildern versehene Schrift gegen den Reichstag war zweifellos eine Gemeinheit. Das Eingreifen der Generalkommandos gegen das Vereins- und Versammlungsrecht ist zu bedauern, aber die Generalkommandos haben auch im Interesse der Arbeiter einen Druck auf die Unternehmer ausgeübt.

Staatssekretär **v. Kühlmann:** Das Auswärtige Amt hat mit der Schmähschrift nichts zu tun. Sollte ein Beamter des Auswärtigen Amtes daran beteiligt sein, dann wird er entfernt.

Kriegsminister **v. Stein:** Die Versammlung der Generale hat sich mit Wirtschaftsfragen befaßt und hat zum Ausdruck gebracht, daß frivole Streike verhindert werden müssen.

Auf Aufforderung des Kriegsministers verliest ein Major die Richtlinien der Obersten Heeresleitung, die am 21. Juli 1917 ausgefertigt sind. Darin wird hingewiesen auf die Notwendigkeit des Ausharrens. Die Vorgesetzten werden aufgefordert, aufklärend zu wirken. Diese Arbeit ist für jede Division einheitlich geregelt. Ferngehalten muß alles werden, was die Truppen einseitig beeinflussen kann. Die Aufklärung muß zuverlässig sein. Das Kriegspresseamt besorgt das zu der Aufklärung notwendige Material. Diesem Zwecke dienen Vorträge, Kinos, Zeitungen, Bücher, Theater usw. Bei den Vorträgen ist keine Diskussion zugelassen, aber es ist ein Fragekasten eingerichtet. Außerdem sind Auskunftsstellen bei den Divisionen eingerichtet. Gebiete der Aufklärung sind: die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung, die Folgen einer Niederlage Deutschlands, die gesicherte militärische Lage, die Treue zum Kaiser und zu den Landesfürsten, wirtschaftliche Fragen,

Einfluß der Friedensduselei

usw. Am 15. September 1917 ist eine weitere Verfügung ergangen, in der die Aufklärungsarbeit in „vaterländischen Unterricht" umgetauft wurde. Dieser Unterricht ist auch bei den Ersatztruppenteilen einzuführen. Erörterungen über Kriegsziele sind keine Unterrichtsgegenstände, wenn aber ein Soldat danach fragt, dann soll ihm Auskunft gegeben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0001

Kriegsminister v. Stein (fortfahrend): Die Erfahrungen mit diesen Aufklärungsdiensten werden fortgesetzt ausgetauscht. Es können Auswüchse vorkommen; diese werden aber beseitigt. Es besteht nicht die Absicht, Politik in die Armee zu bringen. Er würde dagegen mit aller Strenge auftreten.

Oberst Weitz erklärt, daß die Kosten aus den Kriegskosten gedeckt werden. Private Mittel kommen nicht in Frage.

Abg. Dr. David:

Mit dieser „Aufklärungsarbeit" hat man die Politik in das Heer hineingetragen. Das bestätigen Tausende von Soldatenbriefen. Die Heeresverwaltung scheint selbst das Bedenkliche ihres Vorgehens einzusehen; deshalb auch ihr zweiter Erlaß. Wenn in den Leitsätzen gesagt wird, wir müssen uns gegen Friedensduselei wenden, so sind das Dinge, die mitten hinein in die Erörterung der Kriegsziele führen. Und alles das einige Tage nach der Friedenskundgebung des Reichstags! In unserm Heere stehen ungezählte ältere Leute, die von Politik mehr verstehen als die zur Aufklärung berufenen Offiziere. Der „Aufklärer" ist außerdem Vorgesetzter, der keinen Widerspruch kennt. Mindestens müßte man freie Diskussion gewähren, sonst muß Mißstimmung unter den Mannschaften entstehen.

Wenn der Kriegsminister von Flugschriften redet, dann soll er das nicht vermischen mit der Kundgebung des Reichstags. Wenn man die Einheit des Volkes will, dann darf man in dieser Weise nicht verfahren. Redner verliest Richtlinien eines Armeekorps, die Angaben enthalten, die sich in keiner Weise als zutreffend erwiesen haben. Die ganze Tätigkeit der Vaterlandspartei muß kriegsverlängernd wirken. Tatsache ist, daß in amtlichen Bureaus Beiträge für die Vaterlandspartei entgegengenommen werden. Bei Verteilung der Brotkarte gibt man den Frauen alldeutscher Flugblätter mit. Dagegen macht man sozialdemokratischen Rednern die größten Schwierigkeiten, wenn sie in Versammlungen für die Friedenskundgebung des Reichstags eintreten wollen. Mit den Auskünften, die bisher gegeben worden sind, dürfe der Reichstag nicht zufrieden sein.

Abg. Mertin findet, daß die von der Heeresverwaltung aufgestellten Leitsätze völlig einwandfrei sind.

Abg. Graf Westarp: Seine Freunde hätten nicht den Wunsch, Parteipolitik in das Heer zu tragen, aber die Soldaten müßten über die auswärtige Politik aufgeklärt werden. Die gehörten Leitsätze seien nach Form und Inhalt völlig einwandfrei. Die Bilder-Schmähschrift, die dem Reichstag zugegangen ist, halte auch er für ein ekelhaftes Produkt. Wenn sich Generale darüber unterhalten, wie Streike vermieden werden könnten, so sei dagegen nichts einzuwenden. Die ganze Situation hätte sich nicht so zugespitzt, wenn nicht die Mehrheit des Reichstags jeden Angriff immer sofort auf sich bezöge.

Abg. Erzberger: Der letzte Sonnabend war kein glücklicher Tag, die Schuld trifft aber nicht den Reichstag. Der Kriegsminister und Dr. Helfferich hätten sehr ungeschickt operiert, statt sachlich zu antworten, hat man den Reichstag aufgepeitscht. Die Erklärungen, die im Plenum abgegeben werden, dürften völlige Klarheit schaffen. Der Reichskanzler müsse einwandfrei im Reichstag erklären, daß er die Agitation der Beamten nicht billige. Die Bilder in der Schmähschrift seien amtliches Material, es müsse festgestellt werden, wer dieses Material zur Verfügung gestellt habe. Die Leitsätze seien im allgemeinen einwandfrei. Jede Agitation gegen die Friedenskundgebung oder gegen die Note des Papstes müsse in der Armee unterbleiben, sonst könne man der Regierung den Vorwurf der Zweideutigkeit nicht ersparen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellt fest, daß er im Plenum am 6. Oktober seine sachlichen Ausführungen beendet hatte, als er die Rednertribüne verließ, daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgebracht habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden. Ein verletzendes Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen „Ton" bemängele, dann möge man sich vergegenwärtigen, daß er, noch ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Zurufen begrüßt und im weiteren Verlauf kaum einen Satz ohne Zwischenrufe und Unterbrechungen habe beendigen können.

Abg. Dove: An der Front habe er überall den Wunsch gehört, daß der Krieg bald beendet sein möge. Nur an einer Stelle habe man Kritik an der Friedenskundgebung des Reichstags gehört. Dieser Stelle sei aber entsprechend gedient worden. Die Behauptung des Kriegsministers, Abg. Landsberg habe mühsam zusammengesuchtes Material gehabt, müsse im Reichstag Empörung auslösen.

Abg. Landsberg:

Der Lärm im Reichstag entstand, als der Kriegsminister mit einer unnachahmlichen Gebärde das Mißwort von „mühsam zusammengesuchtem Material" sprach. Das war eine Provokation des Reichstags. Graf Westarp hat am letzten Anlaß empfindlich zu sein, gerade er hat mehrmals Abgeordnete mit Stentorstimme angeschrien, obwohl er früher höherer Vollziehbeamter war. (Große Heiterkeit.) Die Anweisungen, die wir heute gehört haben, sind offenbar nicht das einzige gewesen, was herausgegangen ist. Außer Zweifel stehe, daß in der Armee alldeutsche gefärbte Broschüren und Flugblätter verbreitet wurden. Redner zitiert Teile aus den Leitsätzen einer Division, die sich mit den allgemeinen Leitsätzen nicht decken, die im Gegenteil direkt eine Anweisung zur Agitation im alldeutschen Sinn aufreißen. In einer von einem Generalkommando einberufenen Konferenz sind laut Protokoll die Kriegsziele erörtert und die Meinung vertreten worden, auch die Kriegsziele zum Gegenstand des vaterländischen Unterrichts zu machen. Dabei wurde besonders empfohlen, bei Mannschaften, die aus industriellen Arbeitern bestehen, recht vorsichtig zu sein, bei Mannschaften, die vom Lande stammen, könne man sich eher gehen lassen. Will man beiseiten, daß in der Armee Mitglieder für die Vaterlandspartei geworben worden sind? Der Reichskanzler muß im Plenum eine Erklärung abgeben, insbesondere darf die Versammlungstätigkeit zugunsten der Friedenskundgebung nicht unterbunden werden, sowie daß jede Agitation im Heere verboten wird.

Reichskanzler Dr. Michaelis teilt zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich in der Plenarsitzung vom Sonnabend mit, daß seitens der Reichszentralbehörden von den ihnen nachgeordneten Stellen Berichte über eine etwaige Beeinflussung Untergebener durch dienstlich Vorgesetzte im Interesse der Vaterlandspartei eingefordert worden seien. Das Material, das bisher vorliege, sei äußerst spärlich; es beschränke sich auf fünf Einzelfälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspostverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preußische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellung zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinflussung auf Untergebene unzulässig sei, und wenn er vorkäme, nicht geduldet werden würde. Der Reichskanzler geht dann auf die Leitsätze der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus befriedigt hätten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresleitung sich in diesen Leitsätzen unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen großzügigen Plan der Aufklärung aufzustellen. Daß die Oberste Heeresleitung die Politik und den politischen Streit vom Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Leitsätzen ausdrücklich hervorgehoben. Naturgemäß seien bei einem so riesenhaften Apparat und bei der Beteiligung so zahlreicher Ausführungsorgane die Grenzen schwer zu ziehen und Fehler und Entgleisungen im einzelnen nicht zu vermeiden; das habe der Kriegsminister je auch ohne weiteres zugegeben. Um dieser Fehler und Entgleisungen willen, die bekämpft und ausgemerzt werden sollen, könne man eher nicht die ganze Organisation auseinanderfallen lassen und die Aufklärungstätigkeit einstellen, die, wie gesagt, erforderlich sei. Wenn man allgemein die Politik aus der Aufklärung des Heeres fernhalte, so verstehe es sich von selbst, daß auch eine

Kritik unsrer Antwortnote an den Papst

innerhalb des Aufklärungsunterrichts unzulässig sei. Wenn hiergegen heute vereinzelt noch verstoßen würde, so werde eine ausdrückliche Feststellung in der nächsten Ergänzung der Leitsätze genügen, um dies abzustellen.

Der Reichskanzler betont zum Schlusse nochmals, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüberzustehen und allen volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Kriegsminister v. Stein: Er sei immer offen gewesen, vielleicht zu offen, verletzen wollte er aber nicht. Daß noch andre Leitsätze als die von ihm bekanntgegebenen existieren, treffe nicht zu. Er habe einer Armee abgeraten, Mitglieder für die Vaterlandspartei zu werben, solange man nicht wisse, ob das eine politische oder nichtpolitische Partei ist. Die Referenten über die Aufklärungsarbeit müßten mitunter zu Konferenzen berufen werden. Eine Agitation für Kriegsziele sei in der Armee nicht gestattet.

Abg. Ledebour bedauert, daß die Debatte sich in Einzelheiten verloren habe. Die Leitsätze sind in der Tat ganz nett, aber damit habe man doch keine Gewähr, daß nicht trotzdem alldeutsche Politik getrieben werde. Wenn die Soldaten nach geistiger Nahrung hungern, warum verbiete man denn Arbeiterblätter? Den Offizieren wird es nicht schwerfallen, Agitation im alldeutschen Sinne zu treiben.

Abg. Giesberts betont, daß auch Arbeitersekretäre zu der militärischen Aufklärungsarbeit herangezogen worden sind.

Abg. Breitscheid nimmt die Regierung in Schutz, die auch das Recht haben müsse, sich zu wehren. Landsberg habe die denkbar unangenehmsten Dinge in angenehmer Form vorgetragen, die aber deshalb nicht minder verletzend wirken müßten. Die Aufklärung im Heere sei eine dringende Notwendigkeit. Auch Graf Westarp-Bethmann-Hollweg seien die Konferenzen in keiner Weise beteiligt gewesen.

Abg. Dr. David: Die Vorgänge in den Konferenzen der Referenten beweisen, was aus den Leitsätzen gemacht werden könne. Die Lehmannsche Broschüre sei in der Armee stark verbreitet worden, wohingegen sozialdemokratische Zeitungen verboten werden. Daß für die Aufklärungsarbeit im Heimatsheer öffentliche Mittel aufgewendet werden, sei auf keinen Fall zu billigen. Nach dem Umfang müsse ein Ende gemacht werden, daß in den Schulen Propaganda für die Vaterlandspartei gemacht wird.

Nach einigen Ausführungen der Abgg. Waldstein und Kreth bemerkt

Abg. Ebert, daß die Erklärungen vom Regierungstisch in keiner Weise befriedigen können. Das hätte nur der Fall sein können, wenn der Kanzler erklärt hätte, daß keinerlei politische Agitation im Heere stattfindet, daß die „Aufklärungsarbeit" in der Heimat eingestellt wird, und daß jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts unterbleibt, sowie daß das Verbot der Literatur für den Verständigungsfrieden aufgehoben wird.

Reichskanzler Dr. Michaelis: Daß im Heere keine politische Agitation, auch nicht durch diese Aufklärung, getrieben werden soll, das habe ich im Verein mit dem Herrn Kriegsminister ausgesprochen. Daß Versammlungen nicht verboten werden sollen aus dem Grunde, daß sie sich mit der Begründung und Verfechtung der Reichstagsresolution beschäftigen, das habe ich treffen wollen durch die Worte: Ich werde allen Richtungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberstehen. Was die heimatliche Aufklärung betrifft, auf die nun mit einem Male hingewiesen worden soll, so bin ich nicht in der Lage, hierüber heute eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die derartig in die militärische Gewalt eingreift, daß ich mich selbstverständlich vorher, ehe ich eine derartige Erklärung abgebe, mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen muß. Ueber die Zensurfragen wird ja noch an andrer Stelle gesprochen, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiet der Zensur abgegeben werden müssen, erledigt werden kann.

Abg. Ledebour: Wir Sozialdemokraten sollten diesmal der Regierung kein Vertrauensvotum ausstellen.

Abg. Ebert: Wir haben der Regierung noch nie ein Vertrauensvotum ausgestellt, meine Fraktion wird entscheiden ohne Rücksicht auf den Abgeordneten Ledebour.

Damit war die Debatte erschöpft.

Ein Antrag Ledebour:

Die Aufklärung im Heere darf sich nur auf dienstliche Angelegenheiten beziehen. Jede politische Beeinflussung ist unterlassen. Der Aufklärungsdienst in der Heimat ist sofort aufzuheben,

wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Nachtragsetat wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt. —

Was der Krieg bringt.

19500 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Im Sperrgebiet um England wurden durch unsre U-Boote wiederum 19 500 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain" mit Bretterladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Australia", der Flachs geladen hatte. —

* * *

Was ein U-Boot versenkt.

Einem offiziösen Bericht entnehmen wir folgende Angaben:

Welche Ladungsmengen der Tätigkeit unsrer U-Boote zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht eines kürzlich in seinen Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootes hervor, das auf seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer, soweit festgestellt werden konnte, u. a. versenkt hat: 20 853 Tonnen Kohlen, 1000 Tonnen Oel, 1245 Tonnen Palmöl, 4000 Tonnen Hafer, 1000 Tonnen Wein, 700 Tonnen Stückgut, 12 Lokomotiven.

Alle diese Güter waren nach Frankreich und Italien bestimmt. Legt man für die Wintervorsorgung unsrer Feinde mit Hausbrand einen Satz von 15 Zentner für eine Dreizimmerwohnung zugrunde, so würden die versenkten 417 060 Zentner Kohlen für 27 804 Dreizimmer-Haushaltungen hingereicht haben. Mit der versenkten Hafermenge von 4000 Tonnen hätten unsre Feinde bei einem Tagessatz von 5 Pfund für ein Pferd 53 333 Pferde einen ganzen Monat lang füttern können. —

* * *

Staatszuschuß für Lebensmittel.

Auf dem Lebensmittelmarkt bereitet sich wieder eine Steigerung der Preise fast aller notwendigen Gebrauchsartikel vor. Die Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise und die Weitergewährung der Frühdruschprämie von 60 Mark für die Tonne haben natürlich zur Folge, daß dieser erhöhte Preis in einem Aufschlag der Brotpreise dem Konsumenten zum Bewußtsein kommen wird. Die weitere Folge ist, daß, da auch für Hafer und Gerste die gleiche Vergünstigung dem Landwirt geboten ist, für Graupen, Grieß und Teigwaren die Preise entsprechend erhöht werden. Die Kartoffelpreise erhöhen sich von 4 Mark im vorigen Jahr auf 5 und 6 Mark für den Erzeuger, dazu treten ähnlich wie beim Roggen noch besondere Aufschläge für die Mengen, die bis zum 15. Dezember abgeliefert werden, so daß mit einem Kleinhandelspreis von 9 bis 10 Mark und darüber pro Zentner zu rechnen ist.

Erhöht werden die Preise für Butter, für Zucker, und dazu kommt die hohe Preislage für Gemüse, Konserven, kurz, der ganze Haushalt hat abermals mit einer sehr unangenehmen Steigerung der Ausgabe zu rechnen.

Diese Preiserhöhungen sind trotz aller sehr energischen Einwände von unsrer Seite immer wieder im Kriegsernährungsamt zum Durchbruch gekommen, wir sehen mit Besorgnis dem Zustand entgegen, der sich im Haushalt der Minderbemittelten einstellen muß. Dieser Zustand ist unhaltbar, es muß zugunsten der Minderbemittelten eine Unterstützung einsetzen, die die Konsumfähigkeit der ärmeren Volksschichten aufrechterhält. Da

den Preistreibereien kein Widerstand geboten

wird, so müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Regierung den Weg wählt, den bereits andre Staaten beschritten haben, und zwar müssen die Preise für die minderbemittelten Volksschichten durch Beihilfen, die der Staat gewährt, herabgedrückt werden. Dabei ist die Form der Unterstützung abzulehnen, wonach aus öffentlichen Fonds an die Minderbemittelten doch im wesentlichen in der Form von Almosen Zuwendungen gemacht werden, sondern es muß durch direkte Subvention eine Herabsetzung der Preise herbeigeführt werden.

Sehr beachtenswert ist das Beispiel der Schweiz. Dort werden der ärmeren Bevölkerung bei der Abgabe von Milch und Brot Zuschüsse gewährt. Allein für die Milchabgabe hat die Schweiz in den ersten drei Monaten dieses Jahres 1 Million Frank aufgewendet, und der billige Bezug des Brotes kam im August dieses Jahres 620 000 Personen zugute. Auch England, Frankreich und Italien müssen die hohen Preise für ausländischen Weizen aus der Staatskasse decken, damit der Brotpreis in mäßiger Höhe gehalten wird. Bei der gegenwärtigen Preislage der rationierten Lebensmittel wird die Regierung, die Belastung, die für die ärmeren Volkskreise so außerordentlich hart und schwer wird, durch Zuwendungen mildern müssen. Wenn man keine Bedenken trägt, allein durch Frühdruschprämie und die besondern Aufschläge für Kartoffeln

der Landwirtschaft ungefähr 400 Millionen

zuzuwenden, dann mag das Reich diese besondern Aufwendungen decken. Vielleicht kommen wir dann dazu, daß in der Reichsverwaltung mit mehr Gefühl der Verantwortung die Preispolitik betrieben wird. Wir haben bereits bei der erhöhten Fleischration in diesem Jahre diesen Staatszuschuß eingeführt. Sollen wir nicht bei der gegenwärtigen Preispolitik unsre Bevölkerung in schwere Bedrängnis bringen, muß der Weg weiter beschritten werden.

Wir verkennen nicht, daß grundsätzlich hiergegen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden können; es ist kein angenehmes Gefühl, daß für die Landwirtschaft, die während des Krieges hohe Gewinne erzielte, direkte Staatszuschüsse gewährt werden. Aber es gibt leider kein andres Mittel, um, wenn die Preispolitik nicht geändert wird, die Wirkung einer solchen verkehrten Politik auf die großen Volksmassen abzuwenden. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat sich in der Sitzung am 1. Oktober mit dieser Frage beschäftigt; Anlaß bot ein sozialdemokratischer An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0002

trag, der verlangte, daß die besonderen Zuwendungen für den Frühdrusch des Brotgetreides und der zeitigen Anlieferung der Kartoffeln vom Reiche getragen werden. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme, und vom Reichsschatzamt ist die Zusage erteilt, daß dem Verlangen entsprochen werden soll.

Weniger befriedigend ist der zweite Teil des Antrags erledigt, der forderte, daß weiter für alle wichtigen Nahrungsmittel eine

Preissenkung durch Zuschüsse des Reiches

für die Minderbemittelten herbeigeführt wird. Der Haushaltsausschuß hat sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Frage verhalten, aber er hat entsprechend einem konservativen Antrag beschlossen, daß zu diesen Kosten auch die Gemeinden beizutragen haben. Bei der Ueberlastung des Gemeinden wurde von den sozialdemokratischen Vertretern hiergegen Einspruch erhoben, da das Reich der Träger der Lasten des Krieges sein muß. Da vom Reichsschatzamt grundsätzlich kein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, läßt sich erwarten, daß dem Wunsche des Reichstags entsprochen wird.

Der Erfolg, den die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Forderung zu verzeichnen hat, ist von größter Bedeutung, und es wird weiter die Aufgabe der Partei sein, nunmehr auf eine recht schnelle Durchführung des Verlangens zu drängen. —

* * *

Durchhalterspeck.

In der „Leipziger Volkszeitung" lesen wir:

Etwa 150 Pfund Speck, Schinken, Rauchfleisch, Würste und Fett wurden der Volksküche und dem Lazarett in Burgstädt von der Stadtverwaltung zugewiesen, die bei dem Fabrikbesitzer Richard Gundermann in Burgstädt beschlagnahmt waren. Diese Ware war aus Schlesien eingetroffen und als frische Aepfel deklariert. Wie groß der Bedarf des Herrn Gundermann an solchem „frischen Obst" gewesen, geht daraus hervor, daß seit Mitte Juli dieses Jahres fünf weitere Sendungen bereits eingegangen waren, die unter ähnlicher Deklarierung versandt wurden.

Wie das Leipziger Blatt weiter mitteilt, ist Herr Gundermann der Bezirksvorsteher des Militärvereins im Rochlitzer Bezirk und hat als solcher sich ebenso stark in Sozialistenbekämpfung wie in der Mahnung zum „Durchhalten" an seine Kameraden betätigt. Als nun der bei ihm beschlagnahmte Apfelspeck in der Volksküche ausgegeben wurde, fand die Volksstimme dafür den Namen „Durchhalterspeck". In der Tat, wer selbst über so viel „frische Aepfel" verfügt, wie Herr Gundermann, für den muß es eine Kleinigkeit sein, den andern, die sich mit ihrer Ration begnügen müssen, das „Durchhalten" zu predigen. —

* * *

Der Lebensmittelwucher blüht.

In der „Nürnberger Zeitung" vom 24. September findet sich folgende vielsagende Anzeige:

Gute Anlage — ohne jedes Risiko!

Eine Fabrik, G. m. b. H., der Nahrungsmittelbranche sucht sofort auf ein Jahr geg. hypoth. Sicherstellung ein Kapital von 200 000 Mark, im ganzen oder geteilt. (Kriegsanleihepapiere!) Eine Kapitalrente von 24 Prozent wird als Dividende garantiert und auf Wunsch monatlich mit 4000 Mark vergütet.

Gefl. Offerten von ernsten Selbstinteressenten erbeten unter Z. 1019 an die Exped. d. Bl.

Während die Massen infolge der unerschwinglichen Preise sich die notwendigsten Nahrungsmittel kaum mehr beschaffen können, steht der Lebensmittelwucher, wie die vorstehende Anzeige beweist, in hoher Blüte und streicht unangefochten riesige Gewinne ein. —

* * *

Deutsche Theaterkultur.

In Mannheim fand in den letzten Tagen des September die erste Generalversammlung des vor ungefähr Jahresfrist gegründeten Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur statt. Die Gründungsversammlung hatte seinerzeit in Hildesheim stattgefunden, und durch völkische und katholische Tendenzen, die sich bei den Debatten stark in den Vordergrund gedrängt hatten, war der Verband bei einem Teile der öffentlichen Meinung in den Verdacht geraten, daß man es bei ihm nicht mit einem völlig einwandfreien Organ der Kunstpflege zu tun habe. Den erwähnten Tendenzen wurde allerdings schon auf der Hildesheimer Tagung sofort ein starkes Paroli geboten, besonders durch das Eingreifen der Vertreter der Deutschen Bühnengenossenschaft, ihres Präsidenten Rickelt und ihres Rechtsbeistandes Dr. Seelig. Außerdem wurde auch im Verlauf der einjährigen Tätigkeit des Verbandes sein paritätischer Charakter immer mehr ausgeprägt, besonders durch Hinzutritt und Mitarbeit linksstehender Personen und Verbände, literarischer Persönlichkeiten von anerkanntem Rufe, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Arbeiterbildungsausschüssen und Gewerkschaften; auch die Generalkommission der Gewerkschaften ist vor einigen Monaten dem Verband beigetreten und hatte als ihren Vertreter den Genossen Knoll nach Mannheim entsandt. Trotzdem fehlte es nicht an Anfeindungen des Verbandes, die besonders in Berlin ihren Sitz hatten. Man sah in dem starken Hervortreten des geschäftsgewandten, persönlich zur Zentrumspartei gehörigen Generalsekretärs Gerst eine Gefahr, auch glaubte man die Freiheit der Kunst durch die Verbandstendenzen gefährdet. Nach der jetzt stattgefundenen Mannheimer Tagung des Verbandes dürfen alle solche Befürchtungen als unbegründet angesehen werden.

Die Mitgliederversammlung hatte sich außer mit dem Jahresbericht, der ein erfreuliches Wachstum des Verbandes zeigte, hauptsächlich mit Satzungsänderungen zu beschäftigen. Diese Aenderungen haben vor allen Dingen die Leitung des Verbandes umgewandelt. In Zukunft liegt diese nicht mehr vornehmlich in den Händen einer einzelnen Person, sondern ein festgefügter elfgliedriger Verwaltungsrat ist für den Verband verantwortlich. Dieser Verwaltungsrat aber bietet durch seine Zusammensetzung ausreichende Garantien dafür, daß die gute Sache des Verbandes selbst und nicht irgendwelche Nebenabsichten bewußt oder unbewußt die Richtschnur seiner Tätigkeit bilden. Er besteht aus folgenden Personen: Landrat von Stockhausen (Hildesheim) Vorsitzender; Heinrich Schulz, M. d. R. (Berlin), stellvertretender Vorsitzender; W. C. Gerst (Hildesheim), Schriftführer; Chefredakteur A. Kirchrath (Magdeburg), Rechnungsführer; Intendant Dr. Karl Hagemann (Mannheim), Dr. Karl Theodor Kämpf (Berlin), Justizrat Lenzberg (Hannover), Präsident der Bühnengenossenschaft Gustav Rickelt (Berlin), Syndikus Dr. Ludwig Seelig (Mannheim), Dr. Springer (Berlin, Freie Volksbühne) und Dr. Ernst Leopold Stahl (Heidelberg), Beisitzer.

Eine weitere Satzungsänderung besteht in der Neuaufnahme eines Paragraphen, der den angeschlossenen Personen und Körperschaften volle Freiheit des künstlerischen Schaffens und Denkens sowie die unbedingte Selbständigkeit ihrer Organisation gewährleistet. Der Verband ist dadurch viel bestimmter als früher zu einem großen Zweckverband geworden, der alle möglichen Personen und Vereine zusammenfaßt, ohne Rücksicht auf ihre politische, religiöse und sonstige Tendenz, um durch ihre gemeinsame Zusammenarbeit eine wirksamere Hebung und Förderung des deutschen Theaters zu erzielen, als sie durch vereinzeltes Vorgehen möglich wäre.

Die Aufgaben des Verbandes legte in einer öffentlichen Kundgebung im Rosengarten in Mannheim unser Genosse Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz dar. In dem Bestreben, gute Theateraufführungen für möglichst große Kreise des Volkes zu veranstalten, könnten sich alle Weltanschauungen zusammenfinden. Es bleibe dabei jedem einzelnen Besucher einer guten Vorstellung überlassen, seine eigne Art der innern Erhebung aus der Vorstellung zu gewinnen.

Außer dem Genossen Heinrich Schulz sprach in der Kundgebung noch der Intendant des Mannheimer Hoftheaters, Doktor Hagemann, der in sehr feinsinniger Weise das Thema Theater und Kultur behandelte und dabei besonders dem Philister Kampf ansagte, sowie Syndikus Dr. Seelig über die Notwendigkeit eines Reichstheatergesetzes.

Zu der Reichstagsvorlage über die behördliche Konzessionierung bei Errichtung neuer Theater nahm die Mitgliederversammlung nach lebhafter und interessanter Debatte, an der sich besonders Stephan Großmann beteiligte, eine Entschließung an, die zwar den Willen der Regierung, sich zukünftig des Theaters anzunehmen, anerkannte, in der Verschärfung des Konzessionsrechts durch Einführung der Bedürfnisfrage aber eine ausreichende Lösung des Theaterproblems nicht erblicken konnte und den Verwaltungsrat mit der weiteren Vertretung der Angelegenheit beauftragte.

In der Frage der Theaterzensur wurde nach einer Besprechung, in der die gegensätzlichen Meinungen bestimmt, aber völlig sachlich ausgetragen wurden, gleichfalls beschlossen, den Verwaltungsrat damit zu beauftragen, für die Beseitigung der durch das heutige Theaterzensurwesen geschaffenen Mißstände die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Es ist anzunehmen, daß nach der Klärung, die die Bestrebungen des Theaterkulturverbandes in Mannheim erfahren haben, in Zukunft auch die Arbeiterorganisationen, besonders die Bildungsausschüsse, tatkräftig mitarbeiten werden, wie sie bisher schon, oft ohne Unterstützung von bürgerlicher Seite, das möglichste getan haben, um den Arbeitermassen die Liebe zur Kunst einzuprägen. —

* * *

Das moderne Babylon.

Je länger der Krieg dauert, desto größer wird das Völkergemisch, das in Frankreich zusammenströmt. Schon heute ist die Verständigung unter diesen Ententebrüdern und -schwestern schwer genug. Wie sehr man sich dabei anstrengt, darüber plaudert ein Mitarbeiter des „Oeuvre" in launiger Weise.

Man will uns erzählen, schreibt er, daß der Turm zu Babel deshalb nicht zustande gekommen ist, weil seine Erbauer nicht dieselbe Sprache sprachen. Das ist nach den Erfahrungen, die man täglich in Paris machen kann, im höchsten Grade unwahrscheinlich. Man braucht nur dieselbe Sprache zu reden, um zu entdecken, daß man sich nicht versteht.

Ich besuchte dieser Tage einen dieser Gasthöfe, die im Kriege kosmopolitischer als je sind, sowohl was die Kundschaft als auch die Speisekarte und das Dienstpersonal anbelangt. Am Nachbartisch saß eine junge Pariserin mit einem Amerikaner. Sie blätterten alle beide krampfhaft in einem Taschenwörterbuch, um darin die Grundelemente einer möglichen Verständigung zu finden. Um ½10 Uhr setzte der Wirt sie vor die Tür. Sie hatten noch kaum etwas gegessen und nicht viel mehr geredet. Aber sie zogen beglückt und untergefaßt davon. Sie hatten sich auch so verstanden.

Nicht weit davon saß ein englisch-französisches Paar. Die redeten alle beide zu gleicher Zeit lebhaft aufeinander ein, er auf englisch, sie auf französisch. Sie bildeten sich ein, sie unterhielten sich. Und wenn einer von ihnen glaubte, einen Witz gemacht zu haben, und sich darüber ausschüttete, lachte der andre mit, aus purer Sympathie und Gefälligkeit.

An einem andern Tische wieder strengte sich eine Mademoiselle an, sich mit einem Kanadier zu verständigen. Sie bediente sich dazu eines Jargons, den sie von den Clowns im Zirkus haben mochte oder von dem Rotwelsch aus Onkel Toms Hütte, eine Sperache, die jedenfalls mehr mit Babylatein als mit Englisch Aehnlichkeit hatte. „Du essen gute Suppe mit französische Fräulein. Nir sein zufrieden, ferr zufrieden, yes, essen können." Der Kanadier beantwortete jeden Satz strahlend mit einem „Aoh!" Aoh ist nämlich das A und O der englischen Unterhaltung. Es kommt bloß auf die Betonung an. Und die beiden verstanden sich ausgezeichnet auf diese Weise.

Aber ich sah auch ein sehr elegantes, sehr korrektes Paar. Beide Vollblutpariser, beide sprachgewandt, oh, viel zu sprachgewandt. Denn die vergifteten Pfeile, die sie sich im Verlauf ihrer Mahlzeit hin- und herüberschickten, waren nicht zu zählen. Ach, wenn doch er nur spanisch und sie nur chinesisch gekonnt hätte, wie glänzend würden auch sie sich unterhalten haben!

Wie die Amerikaner den Herrn in Frankreich spielen, zeigt eine andre Plauderei aus dem gleichen Pariser Blatte. Nachdem zuerst das frühere idyllische Leben der kleinen französischen Provinzialstadt, an die jetzt das Lager der Amerikaner grenzt, gemalt ist, heißt es weiter:

Gestern kam ich wieder in die Stadt. Sie ist nicht zum Wiedererkennen. Die Häuser und die Läden sind natürlich dieselben geblieben. Aber sonst . . .

Die Bauern und die Ochsenhändler und die Pferdehändler und all die andern sind verloren und ruiniert, denn seit zwei Monaten sind die Amerikaner im Lande. Und das will etwas heißen. Sie kamen, sahen und ließen sich häuslich nieder. Auf dem Bahnhof sind sie die Herren, trotz des Stationsvorstehers, den sie höflich verabschiedeten. Die Gastwirtschaften und Kaffeehäuser gehören ihnen. Dort essen und trinken sie in Hast und dulden nicht, daß irgend jemand ihnen die Zeit stiehlt. Die Felder gehören ihnen, das ganze Land ringsum. In Stein und Eisen wachsen die Baracken aus dem Boden und säumen die Flüsse ein. Die Kaserne und der Kasernenhof gehört ihnen. Die Bataillone regen sich dort mit einer Gewissenhaftigkeit, die dem nachdenklichen Beschauer ein: „Na, sie scheinen sich ja auf die Strümpfe zu machen!" abnötigt.

Und die Frauen gehören ihnen. Offenen Mundes staunen sie die neuen Gäste an, und ich weiß, daß der Traum der jungen Mädchen weit und breit ist, einen Amerikaner zum Manne zu bekommen. . . . —

* * *

Notizen.

Sensation im Reichstag. Am Dienstag setzte der Reichstag die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die behördliche Förderung der Vaterlandspartei fort. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamts warteten dabei mit einer „Enthüllung" auf, die anfänglich außerordentlich Sensation erregte. Sie teilten mit, daß einige revolutionär gesinnte Matrosen den Plan gefaßt hätten, die gesamte Marine zur Gehorsamsverweigerung zu veranlassen, um auf diese Weise den Frieden zu erzwingen, und die Ausführung dieses Planes sei mit Wissen und unter Förderung der unabhängigen Sozialisten Haase, Dittmann und Vogtherr in die Wege geleitet worden. Der Rädelsführer sei wegen Landesverrats zum Tode verurteilt worden. Der Reichskanzler zog einen dicken Strich zwischen der Partei der Unabhängigen einerseits und den übrigen Parteien anderseits. Für die Partei der Unabhängigen könne er nicht zugeben, daß die Regierung ihr ebenso objektiv gegenüberstehe wie den andern Parteien. Die Abg. Haase, Dittmann und Vogtherr bestritten die Anschuldigungen und zur Ehre aller übrigen Parteien muß gesagt werden, daß sie die Behauptungen der Regierungsvertreter nicht ohne weiteres für bare Münze nahmen, sondern zunächst eine gerichtliche Klarstellung verlangten. Abg. Ebert (Soz.) erklärte, daß die Regierung sich bei seiner Partei auf den schärfsten Kampf gefaßt machen müsse, wenn sie etwa die Absicht habe, mit Ausnahmegesetzen gegen irgendeine Partei zu regieren. Die Debatte endete mit der Ablehnung des von den Unabhängigen beantragten Mißtrauensvotums, für das nur die beiden sozialdemokratischen Parteien stimmten. Im weiteren Verlauf der Sitzung hielt dann noch der Staatssekretär des Auswärtigen, Kühlmann, eine längere Rede über die gegenwärtige politische Lage, wobei er mit größtem Nachdruck hervorhob, daß das einzige Friedenshindernis die elsaß-lothringische Frage ei. Hierin könne es aber auf deutscher Seite keinerlei Nachgeben geben. Darüber seien sich alle einig von links bis rechts. Die deutschen Bemühungen, einen Gedankenaustausch mit den feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, seien leider seit Beantwortung der Papstnote nicht einen Schritt vorwärts gekommen. —

*

Peru und Uruguay. Aus Lima meldet die Agentur Havas: Der Kongreß von Peru hat mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland beschlossen, den die Regierung beantragt hatte. — Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der peruanischen Gesandtschaft in Berlin, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um seine Ablösung gebeten. — Aus Montevideo meldet Havas: Die Kammer von Uruguay hat mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland angenommen. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen. —

*

U 293 aus Kadiz entwichen. Das deutsche Unterseeboot Nr. 293, das in Kadiz am 9. September eingelaufen und interniert worden war, ist in der Nacht zum Sonntag entwichen. Der Ministerpräsident enthob alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere von ihren Aemtern.

Havas meldet aus Madrid hierzu: Das entwichene deutsche Unterseeboot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung im Arsenal abgegeben worden sind. Der deutsche Kommandant hatte dem Kommandanten des spanischen Torpedoboots, das U 293 in Schlepp genommen hatte, erklärt, er wisse, daß er interniert würde, weil er in die spanischen Gewässer eingedrungen sei, und ihm den Wunsch ausgesprochen, in den Hafen zu fahren. —

* * *

Neuer Angriff in Flandern.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 9. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Houthoulster Wald und Zandvoorde. Abends faßte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Staden—Boesinghe und nördlich der Straße Menin—Ypern brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

*

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größern Gefechtshandlungen.

Auf dem

Östlichen Kriegsschauplatz

nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front

Lebhafte Feuertätigkeit südwestlich des Doiransees, im Vardartal, am Dobropolje und im Cernabogen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0003

Monatlicher Arbeitskalender für Gartenfreunde.

Oktober.

Die Natur rüstet sich allmählich zu ihrem Winterschlaf; rot und gelb färbt sich so nach und nach der grüne Blätterschmuck des Waldes; ein Blatt ums andre schwebt lautlos zur Erde, oder tanzt, vom Herbstwind gejagt, durch die Luft, bis es endlich niederfällt, um unter dem zersetzenden Einfluß von Luft und Feuchtigkeit zu Moder zu zerfallen. Auch unser Garten hat bereits ein herbstliches Aussehen; das Blätterkleid unsrer Obstbäume ist bereits stark gelichtet. Die Zeit der Ruhe ist für sie damit herangekommen und für uns die Zeit, wo alle Pflegearbeiten an ihnen sich am zweckmäßigsten ausführen lassen. Neben dem Schneiden, Reinigen und auch Pflanzen der Obstbäume sind besonders das Düngen und Umgraben des Ackers und die Bekämpfung der Pflanzenschädlinge wichtige Herbst- und Winterarbeiten.

Im Gemüsegarten setzt die Ernte der Spätgemüse ein. Diese sollen den Vorrat für die Wintermonate abgeben. Von der richtigen Ernte und der sachgemäßen Aufbewahrung hängt die Haltbarkeit des Gemüses über die Wintermonate hinaus wesentlich ab. In vielen Fällen wird die Haltbarkeit bereits durch zu frühe Ernte in Frage gestellt; ebensoviel geht anderseits auch wieder durch unsachgemäße Aufbewahrung vorzeitig in Fäulnis über. So sahen wir in den letzten Septembertagen schon Kleingartenbesitzer mit dem Einernten von Möhren, Rote Beten und Kopfkohlarten beschäftigt. Die Sorge, es könnte ihnen von diesen wertvollen Vorräten noch gestohlen werden, verleitet jedenfalls manchen zum vorzeitigen Ernten. Wir müssen es uns zum Grundsatz machen, die Wintergemüse so lange auf den Beeten zu belassen, als es die Witterung irgend gestattet, und erst dann mit dem Einwintern zu beginnen, wenn stärkere Fröste im Anzug sind. Einige Grad Kälte schaden ihnen nicht. Bei gutem Herbstwetter kann also sämtliches Wintergemüse bis Anfang November draußen bleiben. Es verkürzt sich dadurch die Aufbewahrungszeit ganz erheblich, und gerade die feuchtwarmen Herbsttage wirken besonders nachteilig auf die Haltbarkeit der eingewinterten Gemüse ein.

Die meisten Schwierigkeiten in der Ueberwinterung machen wohl die Kopfkohlarten. Sie gehen ihrer ganzen Struktur nach sehr leicht in Fäulnis über; und wer nun nicht gewissenhaft genug in der Auswahl der für die Einwinterung bestimmten Köpfe vorgeht, oder gar Kohlsorten gebaut hat, die sich für die Einwinterung nicht eignen, der wird wenig Freude an seinen eingewinterten Kohlvorräten haben. Ganz gleich, ob Weiß-, Rot- oder Wirsingkohl, stets sollen die Köpfe reif, fest, und vor allem gesund sein, nur diese wird man in geeigneten Räumen ohne nennenswerten Verlust durch den Winter bringen können. Als geeignete Räume kommen Ueberwinterungsgruben, Mistbeetkasten, trockene Keller und sonstige trockene, kühle Räumlichkeiten und für größere Mengen die eigens für die Ueberwinterung gebauten Kohlscheunen in Betracht. In den Ueberwinterungsgruben, denen man zweckmäßig eine Breite von 150 Zentimetern und eine Tiefe von 80 Zentimetern gibt, und in den Mistbeeten schlägt man die Kohlköpfe mit den Wurzeln nach oben gerichtet in zwei bis drei Schichten übereinander so ein, daß sich die Köpfe gegenseitig nicht berühren. Ueber die Gruben legt man Latten und Bretter und auf die Mistbeete die Fenster; darauf kommt zum Schutze gegen Frost Stroh, trocknes Laub oder dergleichen. Die Gemüsegruben bleiben an beiden Kopfenden offen, damit frische Luft reichlich Zutritt hat; nur bei Frostwetter werden diese geschlossen. Auch bei den Mistbeeten muß man durch Lüftung der Fenster für Zutritt der frischen Luft sorgen. Soweit man den Kohl im Hause überwintert, wähle man möglichst einen trocknen Raum, wo er in Borden nebeneinander gelegt aufbewahrt werden kann. In feuchten Räumen geht er bereits nach kurzer Zeit in Fäulnis über. Das Ernten des einzuwinternden Kohls muß mit äußerster Vorsicht geschehen; jede Beschädigung des Kopfes begünstigt die Fäulnis. Weiter dürfen die Köpfe nicht bis auf den reinen Kopf entblättert werden, sondern man lasse ihnen einige Deckblätter, die von derberer Struktur, den innern zarten Kopfblättern einen guten Schutz gegen Fäulnispilze geben. In geschützten Lagen kann man den Wirsing ohne Bedenken auf den Beeten belassen und von hier verbrauchen; 6 bis 8 Grad Kälte verträgt er ohne Schaden, und der Geschmack wird durch den Frost noch verbessert.

Auch der Kohlrabi verträgt bis 10 Grad Kälte; er kann daher bis in den Dezember hinein auf den Beeten bleiben. Die Einwinterung kann in Gemüsegruben oder in Mistbeeten erfolgen, wo die Knollen nebeneinander eingeschlagen und mit Erde oder noch besser mit Sand bedeckt werden, nachdem ihnen alle Blätter bis auf die Herzblättchen genommen sind. Es genügt aber auch, diesen Einschlag im freien Lande zu machen, nur muß in diesem Falle die Deckschicht etwas stärker sein. Größere Mengen werden in gleicher Weise wie Steckrüben eingemietet; in diesem Falle werden die Strünke und Blätter entfernt.

Die Steckrüben werden gegen Mitte November, nachdem bereits ein stärkerer Frost über sie hinweggegangen ist, eingeerntet. 2 bis 4 Grad Kälte beeinträchtigt die Haltbarkeit der Rüben nicht, wohl aber verbessert sie den Geschmack. Die Aufbewahrung kann in den Ueberwinterungsgruben, in Mieten oder im Keller erfolgen. In den erstern werden sie dem Raum entsprechend eingeschichtet und mit Sand oder Erde bedeckt. Den Mieten gibt man eine Breite von 120 Zentimetern und eine Höhe von 80 Zentimetern. Als Unterlage gibt man ihnen zweckmäßig Sand oder auch Stroh; auch die Umhüllung besteht aus Stroh, über die zuerst eine dünne Schicht Erde gesetzt wird, die man, wenn stärkerer Frost in Aussicht steht, verstärkt, oder statt dessen über die Miete eine starke Lage Mist bringt. Im Keller behalten die Rüben ihren frischen Geschmack nur dann, wenn sie in Sand eingeschichtet oder doch wenigstens damit bedeckt sind. Beim Ernten muß jede größere Verletzung der Rüben vermieden werden; es dürfen also die Faserwurzeln nicht glatt abgeputzt werden, weil dadurch große Wunden entstehen würden. Das Kraut ist nahe am Wurzelhals so abzuschneiden, daß die Rübe dabei nicht beschädigt wird.

In gleicher Weise und unter gleichen Bedingungen lassen sich auch Rote Beten einwintern. Nur muß man bei ihnen ganz besonders jede Beschädigung vermeiden, weil sie aus den Wunden bluten und dann beim Kochen ihre rote Farbe verlieren. Will man ein Teil der Rüben bis in das Frühjahr hinein frisch erhalten, so sind sie in der Gemüsegrube oder im Mistbeet dicht nebeneinander mit dem Kopf nach oben einzuschlagen, so daß der Kopf mit der Erdoberfläche abschließt. Bei frostfreier Deckung der Grube bzw. des Mistbeetes halten sich so die Rüben ganz besonders gut und büßen kaum merklich von ihrem frischen Geschmack ein.

Gleich vorsichtig sollten die Wurzeln aufgenommen werden; auch das Laub ist vorsichtig zu entfernen, damit die Wurzel nicht verletzt wird. In der Ueberwinterungsgrube oder im Mistbeet mit durchschichtet halten sich die Wurzeln sehr gut. Auch sollen sie in Sand eingeschichtet werden, falls man sie im Keller überwintert. Offen aufbewahrt, welken sie bereits nach kurzer Zeit und verlieren sehr an Geschmack. Vor Ende Oktober sollten die Wurzeln nicht geerntet werden. In gleicher Weise werden auch Herbstrüben, Pastinaken, Haferwurzeln, Rettiche usw. behandelt. Pastinaken und Haferwurzeln sind wie die Schwarzwurzeln winterhart und kann von ihnen auch ein Teil für das Frühjahr auf den Beeten stehenbleiben.

Die Petersilienwurzeln werden, wenn möglich, im Mistbeetkasten in gleicherWeise wie die Roten Beten eingeschlagen; hier treiben sie bald durch und liefern uns neben den Wurzeln auch noch herrliches Suppengrün.

Ist der Sellerie auch empfindlicher als manches andre Gemüse, so läßt er sich bei einiger Umsicht doch ohne Gefahr durch den Winter bringen. Der idealste Platz ist auch hier wieder das Mistbeet, wo er dicht nebeneinander in Sand eingeschlagen wird, so daß die Knolle gut bedeckt ist, die Herzblätter aber frei bleiben. Der Sand oder die sandige Erde darf nicht trocken sein, sondern muß mäßig feucht gehalten werden, damit die Knollen nicht einschrumpfen und somit an Geschmack und an Haltbarkeit verlieren. Aber auch in der Grube oder im Keller kann der Sellerie in gleicher Weise eingeschlagen werden. Bei dem Zurichten der Knollen für den Einschlag wird meistens der Fehler begangen, daß die Wurzeln glatt abgeputzt werden. Die dadurch entstandenen Wunden sind natürlich willkommene Angriffsflächen für die Fäulnispilze. Man lasse daher die Wurzeln an den Knollen, höchstens entspitze man sie etwas; bleibt Erde zwischen den Wurzeln haften, so lasse man diese sitzen; die Blätter werden bis auf die Herzblätter entfernt, wobei aber jede Verletzung der Knolle vermieden werden muß. So hergerichtete Knollen sind frei von Wunden und haben zudem noch die Eigenschaft, weiter zu wachsen. In dem Sandeinschlag bilden die Knollen bald feine Würzelchen, auch junge Blättchen bilden sich, und diese, wenn auch schwache Vegetation hält den ganzen Winter an, und sie ist der beste Schutz vor Fäulnis.

Rosenkohl, Grünkohl und Porree sind winterhart und bleiben am besten an Ort und Stelle stehen.

So verlangt also die Ueberwinterung der Gemüse viel Aufmerksamkeit und Umsicht den ganzen Winter hindurch, denn je nach Witterung muß gelüftet oder gedeckt, müssen die Bestände auf etwa faulende Gemüse hin untersucht und diese beseitigt und das übrige gereinigt werden. —

Kleine Chronik.

Ein Revolverkampf mit Einbrechern.

In Charlottenburg am Königsweg waren drei Diebe in einen Laden eingedrungen. Der in seiner Loge schlafende Portier hörte verdächtiges Geräusch aus dem Laden und weckte den Hausverwalter, der sofort telephonisch die Polizei rief. Als einige Schutzleute kamen und der Hausverwalter die Ladentür aufschloß, knallten kurz hintereinander zwei Schüsse; die Kugeln flogen dicht am Kopfe des Verwalters vorbei. Darauf gaben auch die Schutzleute Feuer, und einer der Einbrecher wurde am Kopfe verwundet. Der Aufforderung, sich zu ergeben, kamen jetzt zwei von den Einbrechern nach, während ein dritter erst nach längerem Suchen aus einem Versteck hervorgeholt werden konnte. Alle drei wurden verhaftet. Zwei von ihnen sind fahnenflüchtige Soldaten. —

Die Taifunkatastrophe in Japan.

Nach näheren Meldungen aus Japan richtete der Wirbelsturm einen Schaden von über 100 Millionen Yen an. Allein in dem Bezirk Tokio wurden 500 Tote gezählt und 3000 Häuser zerstört. 150 000 Häuser wurden überschwemmt, 200 000 Menschen sind obdachlos. Mehrere Dörfer in der Umgebung von Tokio wurden vollständig vernichtet. In Dimamuro allein fand man 500 Leichen. 300 Bewohner einer kleinen Insel vor der Küste wurden mitsamt ihrer Insel von den Fluten verschlungen. —

Weinfässer als Strandgut.

Aus Husum wird geschrieben: Wertvolles Strandgut, das wahrscheinlich aus den Ladungen in der Nordsee durch unsre U-Boote versenkter Schiffe stammt, treiben die früh einsetzenden Herbststürme andauernd an unsre Nordseeküste. Nach Husum brachten ein Fischer und ein Föhrer Schiffer dieser Tage je ein großes, mindestens 1500 Pfund schweres Faß Wein, das sie mit großer Mühe auf ihrer Fahrt durchs Wattenmeer aufgefischt hatten. Möglicherweise handelt es sich um denselben allerbesten algerischen Wein, von dem dieser Tage sechs Fässer mit je 600 Litern bei Dagebüll und weitere Fässer auf Föhr, Amrum und Hallig Langeneß antrieben. Ferner ist auf Hallig Oland ein großes Faß feinstes Speiseöl angetrieben, und eine ganze Reihe solcher Fässer soll auf Sylt geborgen sein. Jedes Faß Wein dürfte unter den heutigen Verhältnissen mehrere tausend Mark kosten und die Berger — auf Föhr ist es ein eben konfirmierter Junge — werden einen bedeutenden Bergelohn erhalten. —

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Weiden, Weidenstöcken, Weidenschienen und Weidenrinden — Nr. G. 2202/7. 17. KRA. — erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 10. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Wichtig — Neuheit — Besichtigen

für Restaurateure und Hausbedarf:

Tischdecken als Ersatz für Leinentischdecken Stück 3⁷⁵ 4³⁰ Mk.
Küchentischdecken als Ersatz für die teuern Wachsdecken . . . . Stück 1⁵⁸ Mk.
Wandschoner, Servierdecken Stück 50 Pf. und 1⁵⁸ Mk.
Scheibengardinen . . . . Stück 50 Pf.
Rouleaus 100 cm breit . . . . Meter 3⁸⁵ Mk.

Kaufhaus H. Elkan,
Leipziger Straße 87.

Verein Gesundheitspflege, e. V.
Freitag, 12. Oktober, abends ¾8 Uhr, im „St. Nikolaus" (Nikolaistr.)
Öffentlicher Vortrag des Herrn Gymnasiallehrers Rippich aus Berlin:
Die Erkrankungen des Halses und der Stimme, ihre Ursachen und naturgemäße Behandlung.
Eintritt frei. 5527 Der Vorstand.

Voranzeige!
Ab Freitag den 12. Oktober:
Alte Promenade 11a — U.T — Leipziger Straße 88
Fernruf 5738 — Fernruf 1224
Der Liebling aller
Henny Porten
in
Die Claudi vom Geiserhof.
Erich Kaiser-Titz
in
Das Nachtgespräch
Detektiv-Schauspiel.

Kriegsanleihe-Versicherung der Iduna
Mit großen Vorteilen ausgestattete Sondereinrichtung!
Keine ärztliche Untersuchung ——— Keine Wartezeit
Kriegsgefahr sofort eingeschlossen
Gesunde **Personen von 10 bis 50 Jahren** können
300 bis 10 000 Mark Kriegsanleihe versichern
Fallende Beiträge; die Verminderung entspricht einer Zinsvergütung von 5%
Man verlange Drucksachen bei den Vertretern oder der Direktion in Halle
Mitarbeiter werden gesucht 5178

August Albrecht
Naturheilbad
Friedenstr. 28, Tel. 6451.
Meine Sprechstunden finden statt vorm. v. 9 bis 10, nachm. 2 bis 3 Uhr, außer Montag, Mittwoch u. Sonnabend nachmittag.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 11. Oktober
Anfang 7½ Uhr Ende 10 Uhr
La Serva Padrona
komische Oper von Pergolesi.
Hierauf:
Der zerbrochene Krug
Lustspiel von Kleist.
Freitag: **Figaros Hochzeit.**

Zeichnung von Geldbeträgen unter 100 Mark auf die 7. Kriegsanleihe!

Um auch den weniger bemittelten Kreisen zu ermöglichen, sich an der Kriegsanleihe-Zeichnung zu beteiligen, werden von uns im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium wieder **auf den Namen lautende Anteilscheine in Abschnitten von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Mark ausgegeben.**

Sämtliche eingezahlten Beträge werden von uns in Kriegsanleihe angelegt und vom Ablauf des Einzahlungsmonats ab bis 3 Monate nach Fälligkeit **mit 5 Prozent verzinst.** Von Ablauf zweier Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes (Fälligkeitstag) ab können die Sparkasse wie die Anteilscheinbesitzer — letztere gegen Rückgabe der Anteilscheine — deren Einlösung zu dem dann geltenden Börsenkurs der Kriegsanleihe zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen verlangen. Nähere Auskunft und die Ausgabe der Scheine erfolgen in der Hauptstelle, Rathausstraße 5, und in den Zweigstellen Nord und Süd, Große Brunnenstraße 3a und Landwehrstraße 25.

Im vaterländischen Interesse ist es **dringend erwünscht, daß Behörden, Fabrikbetriebe, gewerbliche Unternehmungen, Verbände aller Art, Vereine, Truppenverbände der hiesigen Garnison usw. als Sammelstelle die Anteilscheine vertreiben.**

Wir bitten daher, zur Förderung der Kriegsanleihe **den Vertrieb der Anteilscheine in weitgehendster Weise zu übernehmen und zu unterstützen.**

5388 **Sparkasse der Stadt Halle.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 113. Halle, Mittwoch den 10. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 10. Oktober 1917.

Warum magern wir ab?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichen folgenden Artikel von medizinischer Seite:

Die Gründe für die zurzeit herrschende allgemeine Unterernährung bestehen in der quantitativen wie qualitativen Herabsetzung unsrer täglichen Nahrung. Diese setzt sich im wesentlichen zusammen aus Eiweißstoffen (Fleisch, Eier, Milch, Käse), Zucker und Fettstoffen (Butter, Schmalz, Oel). Am meisten fehlt das letzte, dessen Wert für Ernährung und Erhaltung des Körpers und seines Kräftezustandes früher offenbar weit unterschätzt wurde.

Ein aber noch nicht oder zumeist beachteter Faktor für die allgemeine Abmagerung ist die seit Jahr und Tag bestehende Art und Weise, wie der einzelne gezwungen ist, seine tägliche Nahrung zu erlangen, und welche die Form des längst entschwunden geglaubten Kampfes ums Dasein in seiner gröbsten ursprünglichsten Form angenommen hat, ein Ist buchstäblich mit allen Mitteln der List und Verschlagenheit, mit Körperkraft und Ausdauer verbindenes Ringen um den notwendigen Nahrungsbedarf, wie einst in Urzeiten. Das erklärt physiologisch die ungeheure Gewichtsabnahme, selbst bei sonst gar nicht so unzureichender Nahrungsaufnahme, auf nervösem Wege.

Wenn das Raubtier der Wildnis, Fuchs, Wolf, Bär, in der Frühe seine Lagerstätte verläßt, so beginnt auch sofort sein Sinnen und Trachten nach Beschaffung der Nahrung für sich und seine Jungen. Wir nennen dies freilich spezifisch tierisch, die Ausfüllung alles Denkens und Erlangens mit materiellen Zielen. Diese Sorge, verbunden mit den Gefahren der Jagd, verläßt das Jagdtier nicht und begleitet es zeit seines Lebens. Ein sloches Tier aber setzt kein überflüssiges Fett an und wird nicht alt. Der Löwe der Wildnis wird höchstens 20 bis 30 Jahre alt, in der Gefangenschaft, wo die Nahrungssorge ihm benommen ist, erreicht er 60 bis 70 Jahre. Das Zuchttier in Haus und Hof des Landwirts, das seine täglichen Futter hingeschüttet bekommt, wird behäbig und feist, ist auch meist phlegmatisch. Auch die Naturvölker, die von Jagd und Fischfang leben, setzen nicht an und bleiben schlank und hager: Araber und Indianer. Der Kulturmensch vor dem Weltkrieg aber glich dem Kulturtier im Stalle. Sorge um das Aufsuchen und Finden der Nahrung gab es nicht. Die Sorgen lagen anderswo. So setzte er wie jenes Fleisch und Fett an.

Jetzt beginnt, wie beim Raubtier, für die Familie der Tag mit der Sorge und dem Nachdenken, was werden wir heute essen und trinken, denn auch die letztere Frage ist akut geworden. Wer schlau und vorschauend ist, wie Fuchs und Hamster, fährt am besten in diesem Kampfe. Diese tägliche Sorge im erneuten Kampf ums Dasein, das Hinnehmenmüssen von Entwürdigungen, die sich sonst einer nicht im entferntesten hätte bieten lassen, macht uns zum Jagdmenschen der Urzeit, läßt uns nicht gedeihen, macht die Nerven mürbe. Eine Gewöhnung daran ist ausgeschlossen. Jeder Arzt wird aus seiner Praxis, vielleicht auch an sich selbst, diese Beobachtung bestätigen können. —

---

* **Zwangsbewirtschaftung von Gemüse.** Für die Kreise Kalbe a. d. S., Delitzsch, Liebenwerda, Quedlinburg Stadt und Land sowie Wanzleben ist eine Abhaltung der Zwiebeln und Schalotten erfolgt. Ueber die dort noch vorhandenen Zwiebeln hat bereits die Reichsstelle zugunsten des Heeresbedarfs und der Dörrfabriken verfügt. Wie die Provinzialstelle für Gemüse und Obst uns mitteilt, ist eine Ausdehnung der Zwangsbewirtschaftung auf andres Gemüse in der Provinz Sachsen nicht zu erwarten. —

* **Gänsediebstahl.** In der Nacht zum Montag wurden aus Grundstücken der Brachwitzer Straße 6 Stück Gänse gestohlen. —

* **Auf die 7. Kriegsanleihe** sind bei der städtischen Sparkasse bis zum 8. Oktober in 1329 Posten 8 537 200 Mark (einschließlich 6 000 000 Mark eigne Zeichnung) gezeichnet worden. —

* **Verlegung der Wildbahnmeldestelle.** Die mit Verordnung des Magistrats vom 6. Oktober in der Wildhandlung von Franz Wittig errichtete Wildbahnmeldestelle ist in die Feinkosthandlung Gebr. Born, Gr. Steinstraße 9 (Fernruf 6367), verlegt worden. —

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürbe werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„Durch!"

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

* **Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** hat einen neuen Acker an der äußern Delitzscher Straße, stadtwärts in der Nähe der Fabriken von Melzer, Kamprath und David, in Aussicht genommen. Reflektanten, besonders die Anwohner der Freiimfelder, Büschdorfer, Landsberger Straße usw., werden ersucht, sich auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, sofort einzutragen. Die Anmeldung kann auch schriftlich erfolgen. Der Bund muß die Pacht sofort abschließen, weil das Land sonst anderweitig verpachtet wird. —

* **Polizeiliche Mahnung.** Es wird erneut darauf hingewiesen, daß der Zugang zu den Schornsteinfegern niemals, auch nicht durch Lagerung weniger feuergefährlicher Gegenstände, behindert werden darf. Die Schornsteinfeger müssen stets frei gelassen werden, um die Herausnahme des Rußes jederzeit zu ermöglichen. —

* **Gegen eine Reform des Gemeindewahlrechts** legt irgendein Unverantwortlicher in der alldeutsch-konservativen „Hallescheen Zeitung" unter anderm folgendermaßen los: „Das Gemeindewahlrecht in Preußen ist bekanntlich den demokratisch gerichteten Kreisen ein Greuel, weil es angeblich ein Klassenwahlrecht ist, das nach der Steuerleistung das Wahlrecht abstuft, statt, wie das die Demokratie will, jedem unreifen jungen Menschen von 20 Jahren die Befugnis zu geben, daß er sich einen Vertreter wählt, der vielleicht ebenso unreif in seinen Anschauungen ist wie der Herr Wähler selbst. Die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts im politischen Leben haben ja zur Genüge bewiesen, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht immer die tüchtigsten und erfahrensten Männer in das Parlament bringt — auch unser jetziger Reichstag bemüht sich, wie sattsam bekannt, in seiner Mehrheit mit ersichtlichem Erfolg, dieses allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Verruf zu bringen." Das ist die alte Litanei nach dem eingefressenen konservativen Grundsatz: Und der König befiehlt, wenn er unsern Willen tut, so daß sich jedes weitere Wort dazu erübrigt. Nur eine Frage erlauben wir uns: Ist denn die „Hallesche Zeitung" auch so konsequent, sich dagegen zu wenden, daß „junge unreife Menschen von 20 Jahren" — in Wirklichkeit sogar noch jüngere — in den Schützengraben gesteckt werden, wenn sie jungen Leuten in diesem Alter schon die viel leichtere Befähigung zum Wählen abspricht? —

— **Wünsche der Lehrer.** Am Donnerstag vergangener Woche tagte in Halle die diesjährige Herbstversammlung sämtlicher Lehrervereine der Provinz Sachsen. Die Versammlung beschäftigte sich u. a. auch mit der „Neuordnung der innern preußischen Verhältnisse". Zu diesem Punkte wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende Wünsche zum Ausdruck kommen:

„1. Die rechtliche Stellung des Lehrerstandes werde in folgender Weise zeitgemäß ausgestaltet: a) Die Lehrer müssen unmittelbare Staatsbeamte und als solche zwischen die Verwaltungssekretäre eingereiht werden. b) Das Disziplinargesetz von 1852 ist aufzuheben und dafür ein dem Rechtsempfinden unsrer Zeit entsprechendes Beamtengesetz zu schaffen. c) Den Beamten und Lehrern ist Einsicht in ihre Personalakten zu gestatten; verhängte Strafen sind nach einem bestimmten Zeitraum zu löschen. d) Der den Beamten und Lehrern bisher auferlegte Zwang, in ihrem Wirkungsort zu wohnen, ist zu beseitigen.

2. Den Lehrern ist die freie staatsbürgerliche Betätigung zu gewährleisten. Alle unbeschränkten Ausnahmebestimmungen und Einschränkungen sind aufzuheben. In dieser Beziehung ist vor allem folgendes zu fordern: a) Die Zuerkennung des passiven Gemeindewahlrechts und die Zulassung zum Amt des Schöffen und Geschworenen. b) Freiheit in der Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrechts und in der politischen Betätigung, soweit es der Dienstzeit gestattet.

3. Dem Lehrerstand ist uneingeschränkte Freiheit in allen auf die wirtschaftliche Selbsthilfe gerichteten Bestimmungen zu gewähren.

4. Der berufslichen Tätigkeit des einzelnen Lehrers ist größere Selbständigkeit und Selbstverantwortung zuzumessen.

5. Die Berufsvereine sind als Standesvertretung anzuerkennen.

6. Die preußische Volksschullehrerschaft muß durch Vertrauensmänner Sitz und Stimme im Herrenhaus erhalten." —

* **Arbeitsverweigerung und Familienunterstützung der Kriegerfrauen.** Beim Reichskanzler ist neuerdings von verschiedenen Seiten Beschwerde darüber geführt worden, daß die Lieferungsverbände (Stadt- und Landkreise) oft nicht genügendes Wohlwollen bei den Entscheidungen über Gewährung der Familienunterstützung für Kriegerfrauen übt, gezeigt haben. Der Reichskanzler hat diese Beschwerde zwar als unbegründet zurückgewiesen, dennoch scheint ihm, wie jetzt in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen mitgeteilt wird, die Befürchtung nicht unbegründet, daß sich der eine oder andre Lieferungsverband mit Rücksicht auf die Zusatzunterstützung von fiskalischen Interessen leiten lassen könne. Die Lieferungsverbände sollen sich bei Prüfung der Frage, ob wegen Arbeitsverweigerung der Kriegerfrauen eine Entziehung der Familienunterstützung erfolgen soll, der größten Gewissenhaftigkeit befleißigen und vor allem auch die Frage eingehend erwägen, ob die Kriegerfrauen nach ihrem persönlichen Zustand und ihren Familienverhältnissen leistungsfähig in der Lage sind, Arbeiten zu übernehmen und geeignete Arbeit zu erhalten.

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(23. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

8. Kapitel.

Die „Seemöwe" lag weitere drei Tage in Kollerhaff, in welcher Zeit Schorse, nach einem Marsche von zwei Meilen, alles über Piggots Bucht erfuhr, was nur zu erfahren war. Dieser zweite Reinfall hätte fast ernstlich seine Gesundheit gefährdet, aber als er sich zur Ruhe legte, ließ die Spannung nach.

Hinnerk," sagte er am folgenden Morgen, „ich hab drüber nachgedacht, ich bin eigentlich recht egoistisch gewesen in die Syndikatsgeschichte. Ich sollt 'r mit beigetreten sein."

„Du kannst tun, was Du willst," entgegnete Hinnerk.

„Besser spät, als nie," wandte sich Schorse an den Koch, der herbeigekommen war. „Ich will Euch auf die Spur bringen, wie Ihr Käpyen Häseler finden könnt."

Des Kochs Mienen zeigten Dank und Erstaunen.

„Ich weiß für bestimmt, daß er an 'n Platz wohnt, der Piggats Bucht heißt, 'n kleinen Platz just hier die Küste hinauf," fuhr Schorse fort. „Wenn Ihr beide heute abend Lust habt, hinzugehn und findet ihn da, denn könnt Ihr jeder zwei Füchse kriegen und gebt mich einen."

„O," machte Hinnerk, ganz starr über diese Frechheit.

„Abers das würd nich hübsch von uns sein, Schorje," sagte der Koch. „Wir woll'n Dich doch nich übers Ohr hauen. Die hundert Mark sind Deine."

„Ich will sie nich haben," entgegnete Schorse ernsthaft. „Ich will mir dafür bestrafen, daß ich so gierig gewesen bin. Wenn Ihr beide hingehn wollt und findet ihn, tut Ihr mich 'n Gefallen."

„Na gut, wir wollen denn hingehn," sagte der Koch und heuchelte große Freude.

„Schorse hat das Herz auf 'n rechten Fleck, Koch," bemerkte Hinnerk. „Wir woll'n man gleich nach Abendbrot weggehn."

„Ich möcht Dich gern die Hand drücken, Schorse," sagte der Koch herzlich.

„Ich auch," meinte Hinnerk, und ergriff seine Hand. „Du bist 'n famoier Kerl, Schorje, das is gewiß."

„Ne Seele von Mensch," sagte der Koch schmeichelnd.

„Wir woll'n gleich nach'n Abendbrot weggehn, wenn Du uns die Flagge geben willst, Schorse," sprach Hinnerk.

„Flagge?" sagte Schorse — „Flagge?"

„Na ja, eine deutsche Flagge," antwortete Hinnerk, ihm einen erstaunten Blick zuwerfend. „Es hat keinen Zweck nich, nach Piggots Bucht ohne eine Flagge zu gehn. Wußtest Du das nich, Schorse? Und dabei bist Du doch gestern abend erst dagewesen!"

Er stand gelassen da, auf eine Antwort wartend und blickte Schorse ganz betroffen an, als dieser Erzbetrüger in heller Wut nach unten stampfte. Er ging sogar so weit, vorzugeben, er glaube, Schorse wäre nach unten gegangen, um die fragliche Flagge zu holen. Er steckte daher seinen Kopf behutsam durch die Luke und sagte ihm, eine Bedebose würde auch genügen, wenn er die Flagge nicht finden könne — eine Vermutung, die er gern zurückgenommen hätte, als die Zeit für ihn kam, Schorse bei Tisch zu treffen.

Zu der Zeit, als das Schiff Bremerhaven wieder erreicht hatte, war alles Interesse an der Sache verschwunden. Einerseits war es durchaus nicht angenehm für erwachsene Männer, sich den faulen Witzen Fiedjes auszusetzen, anderseits schien ihnen oder die Aussicht auf Erfolg, wenn sie die Sache mit kühlem Verstand betrachteten, auch nur sehr gering. Auch in der Kajüte herrschte der Pessimismus und der Steuermann lieh ihm Worte.

„Es is gegen alle Vernunft," sagte er, nachdem sie eine Weile disputiert hatten. „Sie haben keine Aussicht, ihn zu finden. Lassen Sie sich 'n Rat geben; das Beste, was Sie tun können, is 'ne reguläre Fahrt zwischen hier und Nordermünde, da sollten Sie man bleiben."

„Fällt mir nich ein," entgegnete der andre trotzig.

„Es ist hart für Sie," sagte der Steuermann, „— für die alten Leute mein ich — daß sie herumgehetzt und gejagt werden, bloß weil sie graue Bärte haben und in die Jahre kommen. Außerdem mit einige von der Mannschaft wird es auch früher oder später mal schief gehn."

„Reden Sie, was Sie wollen, das hat keinen Einfluß auf mich," entgegnete der andre, der die Unterhaltung fortsetzte, während er sich wusch.

„So sind Sie nu wieder," sagte der Steuermann, „und machen sich fein? Wozu? Einen andern sein Mädel! . . . Sie können daran drehen und wenden, soviel es Sie wollen, es kommt nix andres 'raus."

„Wenn ich Ihren Rat brauch," erwiderte der Kapitän, seine Verwirrung unter einem kräftigen Gebrauch des Handtuchs verbergend, „denn werd ich Sie darum bitten."

Er beendete schweigend seine Toilette und ging an Land, und nachdem er sich nachlässig umgeblickt hatte, entfernte er sich in der Richtung nach Lohe. Der einzige Lichtpunkt in seiner gegenwärtigen Lage war die in den Schulen übliche Regelmäßigkeit, und wie er so dahinschritt, sogaete er den stark ausgeprägten Sinn für Pünktlichkeit, der des Lehrerkollegium um vier Uhr beherrschte.

Heute indessen waren seine Beglückwünschungen etwas voreilig, denn lange nachdem die Kinder gekommen und gegangen waren, ließ sich keine Spur von Käthe Häseler entdecken. Er spazierte enttäuscht die Straße auf und ab. Halb fünf, fünf. Er wartete bis sechs — ein Gegenstand großes Interesses für verschiedene Damen, die ihn verstohlen von ihren Stubenfenstern beobachteten — und war gerade im Begriff, um ein Viertel nach sechs fortzugehen, als er sie auf sich zukommen sah.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0005

Allgemein sollen 30 Prozent des Arbeitsverdienstes bei Prüfung der Bedürftigkeit freigelassen werden. Sind Kriegerfrauen genötigt, außerhalb ihres Wohnsitzes Arbeit zu nehmen und einen doppelten Haushal zu führen, so wird ihnen für die dadurch entstehenden Mehrkosten ein Betrag von etwa 2 Mark für den Tag in Ansatz zu bringen sein. —

* **„Kameraden".** Vor dem Schöffengericht hatte sich der Polizeisergeant Johann Matussek aus Landsberg wegen Beleidigung des Vizefeldwebels Franke zu verantworten. Der Sohn des Angeklagten, der seit etwa 10 Jahren dem Militär angehört und Sergeant ist, wurde Anfang 1917 auf Grund einer Anzeige Frankes wegen fortgesetzter Widersetzlichkeit zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Aus diesem Grunde schrieb der Vater an den Vizefeldwebel Franke, er sei ein Leuteschinder, gemeiner Mensch und vieles andre. Der Angeklagte beantragte Vertagung, um den Nachweis zu erbringen, daß er nicht Beleidigungen, sondern Tatsachen geschrieben habe. Das Gericht lehnte dies ab, da es die Sachlage für klar genug ansah. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe, das Gericht erkannte unter Berücksichtigung der bisherigen Unbescholtenheit auf eine Strafe von 60 Mark. —

— **Von der Schulzucht.** Eine Aufgabe in der Raumlehre, die schon öfter gelöst worden war und die als häusliche Aufgabe gedient hatte, konnte von der Volksschülerin Lukat in der Lutherschule zu Königsberg nicht gelöst werden. Der Lehrer, Prorektor Lenz, nahm Mangel an häuslichem Fleiß und Teilnahmlosigkeit an und hielt eine körperliche Züchtigung für geboten. Die Schülerin sollte auf die flache Hand mit einem 50 Zentimeter langen, gespaltenen Rohrstock Schläge bekommen. Unwillkürlich hielt sie den rechten Arm vor, so daß auch dieser getroffen wurde. Nach 14 Tagen, während welcher Zeit das Mädchen an einer Influenza krank war, stellte ein Arzt fest, daß auf dem Arme noch Striemen vorhanden waren. Folgen für später hatte die Züchtigung nicht.

Der Vater erstattete Strafanzeige wegen Körperverletzung und die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung, der Lukat als Nebenkläger beitrat. Nachdem das Schöffengericht den Prorektor Lenz freigesprochen hatte, legte der Nebenkläger Berufung ein. Nunmehr erhob die Regierung in Königsberg den Konflikt zugunsten des Lehrers, weil er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten hätte. Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet und entschied demgemäß, daß das Verfahren gegen Prorektor Lenz einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: An sich sei der Lehrer wegen der Unachtsamkeit der Schülerin zur Züchtigung berechtigt gewesen. Es frage sich nur, ob sie die vorgeschriebenen Grenzen innegehalten habe. Hier sei maßgebend die Schulordnung für die Elementarschulen in Ost- und Westpreußen vom 11. Dezember 1845. Danach müsse sich die Schulzucht in den Grenzen einer mäßigen elterlichen Zucht halten. Diese Grenzen seien hier, wo die Züchtigung keine gesundheitsschädlichen Folgen hatte, nicht überschritten worden. Also habe sich der Lehrer im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten, so daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werden müsse.

In andern Gegenden des preußischen Staates gelten die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts über die Schulzucht, die durch Kabinettsorder vom 14. Mai 1825 auch da eingeführt sind, wo das Landrecht nicht gilt. Danach darf die Schulzucht nicht in einem Grade ausgeübt werden, daß die Gesundheit des Kindes irgendwie auch nur im entferntesten gefährdet wird. —

— **Photographien von Kriegergrabstätten.** Allen Angehörigen von Kriegern, die in den Kämpfen von Warschau, Nowo-Georgiewsk (Modlin), Serock, Pultusk, Piaseczno und Gora-Kalwarja gefallen sind, wird, wenn sie von der Grabstätte Photographien wünschen, empfohlen, sich mit derartigen Gesuchen unmittelbar an das kaiserlich deutsche Gouvernement Warschau zu wenden. In dem Gesuch müssen der Name und der Truppenteil des Gefallenen angegeben sein, sowie eine genaue Beschreibung der Lage des Grabes, möglichst unter Beifügung einer kleinen Skizze. Durch die Umbettungsarbeiten wurden viele der bis jetzt Vermißten in diesen Gebieten aufgefunden. Es können daher auch diesbezügliche Anfragen an genannte Behörde gerichtet werden. Auf dem Militärfriedhof Powonski sind die in den dortigen Lazaretten in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Deutschen bestattet. Da aber auf den Kreuzen und in den Listen der Truppenteil selten angegeben und die Namen teilweise sehr verstümmelt sind, so ist eine Feststellung derselben nicht möglich. Falls Verwundete, über deren Verbleib später nichts bekanntgeworden ist, aus den Warschauer Lazaretten den Angehörigen Nachricht gaben, bitter das Gouvernement um Mitteilung, da hierdurch das Schicksal manches Vermißten aufgeklärt und mancher der hier unbekannt Bestatteten aufgeklärt werden kann. —

* **Gegen den neuen Zwanzigmarkschein** zieht die „Frankfurter Zeitung" folgendermaßen vom Leder: Der neue Zwanzig-Markschein, der nach der angekündigten Beschreibung offenbar mit besonderer Liebe bedacht wurde, ist wieder eine bedauerliche künstlerische Mißgeburt geworden. Man wollte es besonders gut machen und hat sich an einen berühmten Figurenmaler gewandt, ohne zu wissen, daß es bei einer derartigen Aufgabe nicht auf einzelne Figuren, sondern auf den dekorativen Entwurf des Ganzen ankommt. Dabei müßte von dem sachlich Gegebenen, von der Inschrift ausgegangen und diese organisch in das Blatt eingeordnet werden. Kein Kunstgewerbeschüler dürfte heute mehr seinem Lehrer mit einer derartig ärmlichen und billigen Lösung der Flächenfüllung kommen, wie sie hier gegeben wird: einer öden und schematischen Aufteilung mit Lineal und Zirkel in einzelne Felder, in die dann Schrift, Füllornamente und naturalistische Bildchen hineingeklebt sind. Man fragt sich erstaunt, wozu denn der Staat seine Kunstgewerbeschulen erhält, wenn er das, was dort in fortschrittlichem Geiste gearbeitet und gelehrt wird einfach ignoriert. Die gute Gelegenheit, einmal Ernst zu machen mit der künstlerischen Pflege auch der Gegenstände des täglichen Bedarfs und mit der Geschmacksbildung des Volkes ist leider wieder gründlich verpaßt worden. —

— **Zuschläge für Schnellzugsbillette.** Noch im Laufe dieser Woche werden die Beschlüsse der verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen, die den Verkehr eindämmen sollen, veröffentlicht werden. Sie betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlags auf den Verkehr in den Schnellzügen. Diese sind, wie von behördlicher Seite berichtet wird, außerordentlich überlastet. Die Eisenbahnverwaltungen haben übereinstimmend festgestellt, daß vielfach Personen reisen, auch wenn keinerlei Notwendigkeit dafür besteht. So ist festgestellt worden, daß in den Schnellzügen Berlin—München, und umgekehrt, fast regelmäßig alle Schlafwagenplätze von Damen und Kindern belegt sind, so daß die eigentlichen Reisenden, die geschäftlich oder beruflich die Fahrten unternehmen müssen, fast niemals Plätze erhalten. Mit diesem unnützen Verkehr will man nun endlich durch Erhebung eines außerordentlich hohen Zuschlags aufräumen. Es soll dies geschehen, um Kohlen zu sparen, um dem überarbeiteten Eisenbahnpersonal Ruhe zu gönnen und um das Wagenmaterial selbst zu schonen. Es liegen hier ganz bestimmte Anweisungen vor, denen die Eisenbahnverwaltung unbedingt nachkommen muß. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge oder Verbindungen wegfallen. Ausdrücklich sei betont, daß der Personenzugverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird. —

— **Geringe Fischereierträge.** In dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht des Fischereivereins für die Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt für das Jahr 1916/17 wird u. a. auch Bezug genommen auf die geringen Erträge der Fischerei im allgemeinen. Es heißt dort: Was die Erträge der Fischerei im Berichtsjahr anbelangt, so sind sie in der Wildfischerei nur als gering bis mittelmäßig zu bezeichnen. Die Wildfischerei hat allgemein unter der Kälte, die Stromfischerei besonders unter der ungewöhnlich langen Dauer von Herbst- und Winterhochwasser zu leiden. Von den Wanderfischen versagten Stör und Lachs, Neunauge und Schnäpel gaben nur kleine Fänge, auch der Aalfang war im ganzen geringer als in den Vorjahren. Bemerkenswert ist der vermehrte Fang der sonst seltenen Meerforelle, von welcher z. B. bei Kalbe a. d. S. 30 Stück bis zu 9½ Pfund Schwere gefangen wurden. Die Schuld an dem schlechten Ergebnis soll aber nicht allein der Ungunst der Witterung, sondern vor allem dem Mangel an sachkundigen Fischern zuzuschreiben sein, da etwa 60 Prozent aller Berufsfischer zum Heeresdienst eingezogen sind. —

Die Wohnung der Kriegerfrau. Eine für Hauswirte und Mieter sehr wichtige Entscheidung des Kammergerichts veröffentlichten die Blätter für Rechtspflege. Die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges eine Wohnung gemietet und den Mietvertrag allein unterzeichnet. Es war dann gegen sie ein Räumungsurteil ergangen. Der Ehemann widersprach der Vollstreckung. Das Kammergericht gab der Beschwerde statt und erklärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig ist, wenn nicht auch der Ehemann zur Räumung verurteilt wird. Denn der Ehemann ist als Haushaltungsvorstand Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. Die Ehefrau ist in seiner Abwesenheit lediglich als Besitzdienerin im Sinne des § 855 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzusehen, so daß also auch in diesem Falle der Ehemann Besitzer ist. Deshalb bedeutet die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau erwirkten Urteils auf Räumung gleichzeitig auch eine Vollstreckung gegen den Ehemann, der damit aus dem Besitz der Wohnung gesetzt wird. Das ist aber nur möglich, wenn auch gegen ihn ein Urteil auf Räumung vorliegt. Damit ist den Hausbesitzern auch in den meisten Fällen, in denen sie nur mit der Ehefrau eines Kriegers den Vertrag abgeschlossen haben, die Möglichkeit genommen, eine Räumung zu erzwingen. —

Gegen die Vaterlandspartei

Dem „Vorwärts" ging folgende Zuschrift zu, wie er jetzt mitteilt:

„Um der „Vaterlandspartei" ein zahlenmäßiges Gegengewicht zu geben, halten wir es für zweckmäßig, durch Anschluß an die sozialdemokratische Partei deren Mitgliederbestand durch Beitritt zu stärken."

(Folgen zahlreiche Unterschriften.)

Wir empfehlen dieses Vorgehen zur allgemeinen Nachahmung. Wer der Vaterlandspartei und ihrer heuchlerischen, das politische Leben Deutschlands vergiftenden Agitation am erfolgreichsten entgegenwirken, und wer für einen baldigen, jeden weiteren Krieg verhindernden Frieden eintreten will, der werde Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der werde aber auch Leser der sozialdemokratischen Presse, das ist für den Regierungsbezirk Merseburg die „Volksstimme".

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Am Donnerstag nachmittags von 2 bis 6 Uhr Nr. 14001 bis 14400 der Lebensmittelscheine. 1 Stück für jede Person in der Talamtschule.

Edamer Käse. Am Donnerstag vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr Nr. 42001 bis 45500 der Lebensmittelscheine für jede Person ⅛ Pfund in der Talamtschule.

Seefische. Von Donnerstag an in den einschlägigen Geschäften Abschnitt 161 des Warenbezugsscheins 10. Lebensmittelschein 1 bis 7000, soweit sie noch nicht beliefert sind.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch kommt die Oper „Tannhäuser" von Richard Wagner zur Aufführung. Donnerstag wird „La Serva Padrona", Spieloper von Pergolesi, mit Anna Enghardt und Emil Fischer, und „Der zerbrochene Krug" von Kleist mit Leopold Sachse als Adam wiederholt. Am Freitag wird „Figaros Hochzeit" in der bekannten Besetzung gegeben, Sonnabend die Operette „Der Bettelstudent". Für Sonntag nachmittag 3½ Uhr ist als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen eine Aufführung von Richard Wagners „Fliegendem Holländer" mit Fritz Kerzmann, Karl Sträz und Tina Mahlendorff in den Hauptrollen angesetzt. Sonntag abend 7½ Uhr findet die Erstaufführung der komischen Oper „Giroflé-Girofla" von Lecocq statt. —

Im Verein Gesundheitspflege, E. V., spricht Freitag den 12. Oktober, abends ¾8 Uhr, in St. Nikolaus Herr Gymnasiallehrer Rippich aus Berlin über die Erkrankungen des Halses und der Stimme, ihre Ursachen und naturgemäße Behandlung. Jetzt, zu Beginn der rauhen Jahreszeit, da Heiserkeit, Kehlkopf- und Rachenkatarrh an der Tagesordnung sind, dürfte es für viele von Nutzen sein, zu hören, wie diesen Erkrankungen vorgebeugt werden kann und wie bereits bestehende auf naturgemäße Weise beseitigt werden können. Herr Rippich hat auf dem Gebiete der Stimmpflege und Stimmheilung einen guten Ruf. Viele Offiziere, Geistliche, Juristen und Lehrer fanden bei ihm Heilung ihrer erkrankten Sprechorgane. Andern Berufsrednern und Sängern erteilt er Unterricht im richtigen Gebrauch ihrer Stimmwerkzeuge. —

Aus der Provinz.

Der Bergbau in der Provinz Sachsen.

Die Sektion Halle der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, die in der Hauptsache die Provinz Sachsen und Anhalt umfaßt, hat soeben ihren Bericht für das Jahr 1916 herausgegeben. Danach sind in dem Bezirk 506 Bergwerksbetriebe mit 77 807 Arbeitern vorhanden. An diese wurden im Jahre 1916 rund 125 Millionen Mk. Lohn gezahlt. Die auf einen Arbeiter entfallende Lohnsumme erhöhte sich von 760 Mark im Jahre 1886 auf 870 Mark im Jahre 1896, 1120 Mark im Jahre 1906 und 1603 Mark im Jahre 1916. Am umfangreichsten ist in dem Bezirk der Braunkohlenbergbau, der 315 einzelne Betriebe mit 39 982 Arbeitern umfaßt. Auf einen Arbeiter entfiel der Jahresbetrag von 1513 Mark an Lohn. Im Erzbergbau sind in 27 Betrieben 20 214 Arbeiter beschäftigt; ein Arbeiter erhielt durchschnittlich 1827 Mark Lohn. Der Salzbergbau umfaßte 149 Betriebe mit 15 873 Arbeitern, die auf einen Arbeiter entfallende Lohnsumme betrug 1582 Mark. Steinkohlengruben sind nur zwei mit 20 Arbeitern vorhanden. Im Jahre 1916 hat sowohl die Zahl der Arbeiter als auch die Summe der gezahlten Löhne erheblich zugenommen. Zwang doch der weitgehende Bedarf an Bergwerkserzeugnissen aller Art zu einer starken Steigerung der Produktion.

Die Zahl der Unfälle ist ständig im Steigen begriffen. Im Jahre 1916 wurden in dem Bezirk der Sektion nicht weniger als 164 Arbeiter durch Betriebsunfall getötet. Schwere Unfälle, an denen der Verletzte länger als 13 Wochen erwerbsunfähig war, ereigneten sich 849. Von ihnen wurden auch 27 jugendliche Personen unter 16 Jahren betroffen. Insgesamt waren 2½ Millionen an Entschädigungen [illegible] len. Die Unfallverhütung erforderte insgesamt 11 294 Mark, davon entfallen 5930 Mark auf die laufende Ueberwachung der Betriebe. An den Gesamtausgaben der Sektion gemessen, ein recht geringer Betrag. Die Gesamtunfallasten, berechnet auf einen Arbeiter, betrugen 38,30 Mark, berechnet auf 1000 Mark gezahlter Löhne 23,88 Mark. Sehr bezeichnend ist die Angabe des Berichts, daß 168 Werke des Bezirks gar keine Rettungseinrichtungen besaßen. —

Warnung vor Frostgefahr.

Der Meteorologe E. Hinselmann aus Hildesheim schreibt: Wir haben nunmehr um die Monatswende den Wiederbeginn und die Zunahme von Niederschlägen, zeitweise auch böig-stürmisches Wetter zu erwarten. Je früher dieser Witterungscharakter vor Erdnähe und Vollmond einsetzt, um so schneller wird auch nach Vorübergang dieser beiden Mondstellungen wieder mit einer Besserung des Wetters gerechnet werden können. Beim Ansteigen des Mondes auf die nördliche Halbkugel wird aber die vom Ozean zum Festland herüberkommende Luft warm und mild sein bis zum Hochstand des Mondes am 5. Oktober. Im unmittelbaren Anschluß an den Hochstand des Mondes, etwa zwischen dem 5. und 8. Oktober, droht jedoch aus dem hohen Norden ein kurzer, mehr oder weniger heftiger Kältevorstoß, der uns eine sehr unangenehme Ueberraschung bringen kann. Auf die Bedeutung dieses plötzlichen Kälteeinbruchs für den landwirtschaftlichen Betrieb und insbesondere für die Kriegswirtschaft sei hiermit hingewiesen. In Fortsetzung dieses Kältevorstoßes steht vom letzten Viertel — 7. Oktober — an eine mehr langsame und allmähliche Abnahme der Temperatur in Aussicht, die mit dem Uebertritt des Mondes auf die südliche Halbkugel — 13. Oktober — sich voraussichtlich noch in verstärktem Maße bemerkbar machen wird. Mit dem Neumond am 16. Oktober ist wieder der Einbruch feuchter ozeanischer Luft zu erwarten, der wegen der kurz vorhergegangenen Erdferne sich aber vielleicht um ein bis zwei Tage nach dem Neumond verzögern kann. Damit ist auch wieder der Eintritt mildern Wetters und eine allmählich wachsende Zunahme der Niederschläge bedingt.

Die Landwirte haben also allen Grund, die Kartoffelernte möglichst bald zu beenden, und die Futterrüben, welche besonders frostempfindlich sind, sofort in kleine Mieten auf dem Felde zusammenzulegen und mit einer schwachen Erddecke zuzuwerfen.

Auch bei Kartoffelversendungen mit der Eisenbahn sind diese Tage sorgfältig zu beachten. Bleibt der befürchtete Kälteeinbruch aus, und ist die Mühe und Arbeit umsonst gewesen, so mag man sich mit dem Worte trösten: „Besser vorgesorgt als nachgedacht." —

Naumburg. Kein Kartoffelhöchstpreis. Von einer einheitlichen Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Kartoffeln im Landkreis Naumburg ist vom Kreisausschuß Abstand genommen worden. Sofern die Verhältnisse einer Gemeinde eine Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen erfordern, können solche vom Gemeindevorstand festgesetzt werden. —

Weißenfels. Wurst für Schwerst- und Schwerarbeiter. Von Mittwoch bis Freitag werden in den Fleischereien von Schader, Kleine Kalandstraße, Kurze, Langendorfer Straße, [illegible] Beuditzstraße, Vogler, Merseburger Straße, Seidel, Große Burgstraße, Thal, Zeitzer Straße, an sämtliche Inhaber der blauen Zusatzbrotscheine je 100 Gramm, an sämtliche Inhaber der roten Zusatzbrotscheine je 50 Gramm Rot-, Mett-, Knack- oder Blockwurst abgegeben. Eine bestimmte Sorte Wurst kann nicht beansprucht werden. Der Preis beträgt für das Pfund Rotwurst 2,80 Mark, Mettwurst 3,40, Knackwurst 3,40, Blockwurst 3,60 Mark. —

— Zwiebelverteilung. Von den hiesigen Haushaltungen können in allen einschlägigen Geschäften auf die braunen Lebensmittelmarken Nr. 80 je 1½ Pfund Zwiebeln entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt 40 Pfg. für 1½ Pfund. Als Verkaufszeit ist Donnerstag den 11. bis Donnerstag den 18. d. M., festgesetzt. —

Wittenberg. Feuer. In Dommitzsch brannte das Wohnhaus mit angrenzendem Stallgebäude des Ziegeleiarbeiters Friedrich Richter, Platz am Sandtor wohnhaft, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Feuer entstand im Stallgebäude und fand in den dort lagernden Stroh- und Heuvorräten reichliche Nahrung. Leider fielen drei Ziegen, ein Schwein und Federvieh dem Brande zum Opfer. Der Feuerwehr gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Ueber die Entstehungsursache verlautet nichts. —

Zeitz. Kartoffellieferung für Kriegerfrauen. Der Umtausch der Gutscheine in Bezugsscheine findet zum letztenmal am Donnerstag, vormittags von 8 bis 11 Uhr, im Rathaus, Zimmer 25, statt. Zahlkarten sind mitzubringen! Wer den Umtausch versäumt, muß die Kartoffeln selbst vom Güterbahnhof abholen. —

Gewinnauszug der 10. Preußisch-Süddeutschen (236. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

4. Klasse 1. Ziehungstag 9. Oktober 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 163769
2 Gewinne zu 10 000 Mk. 126801
2 Gewinne zu 5000 Mk. 53121
4 Gewinne zu 3000 Mk. 170546 175638
10 Gewinne zu 1000 Mk. 87880 99785 101211 133634 151361
24 Gewinne zu 500 Mk. 32583 68752 83979 105818 113271 125196 158742 165225 169148 185876 204785 214153
84 Gewinne zu 400 Mk. 5781 9664 15860 21621 25885 25978 28593 36632 39623 40812 41872 44598 60043 70869 77589 81421 84420 85303 86389 94166 102827 112179 112766 115970 116506 125702 136781 145111 168856 175765 176375 185657 187189 191848 192975 199819 200190 205934 206386 211096 217179 225989

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 60 000 Mk. 84408
2 Gewinne zu 40 000 Mk. 225664
2 Gewinne zu 20 000 Mk. 123001
2 Gewinne zu 10 000 Mk. 36517
4 Gewinne zu 5000 Mk. 29952 117397
10 Gewinne zu 3000 Mk. 7254 19004 45850 111146 137800
12 Gewinne zu 1000 Mk. 27646 75868 108918 139071 180578 185073
24 Gewinne zu 500 Mk. 19537 19954 29294 69114 109950 141710 150930 171729 173036 199140 216725 225291
82 Gewinne zu 400 Mk. 2281 12764 35608 39968 43465 56160 56733 65620 68452 78903 79124 80884 86124 88925 93656 96792 106091 106170 106281 118774 120769 120766 131290 133757 136692 144038 157940 162224 167651 174154 175288 180841 187757 188423 189748 203902 216049 222844 224383 226015 226711

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171010-14/fragment/page=0006